



Die Arbeit des **Ausländerbeirates**

der Stadt Nürnberg

Dokumentation
1990-1996





Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg	4
Vorwort des Vorsitzenden des Ausländerbeirates	5
<hr/>	
Die Arbeit des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg	
Die Entstehung des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg	6
1. Neuwahl 1978	8
Neuwahl 1983	8
Die Wahl 1990 Die Amtsperiode 1990 – 1996	10
Die allgemeine Lage	11
Arbeitsausschüsse	12
Öffentlichkeitsarbeit	12
Zuschußvergabe	19
Flüchtlinge	19
Jugend und Schule	20
Wohnen und Soziales	22
Religionsangelegenheiten	24
Frauen	24
Allgemeine Politik	25
<hr/>	
Zusammensetzung der Fraktionen des Ausländerbeirates	26
<hr/>	
Stellungnahme der Fraktionen des Ausländerbeirates zur Amtsperiode des Ausländerbeirates von 1990 – 1996	28
<hr/>	
Anhang Beiratsmitglieder in der Zeit von 06.05.90 bis 31.12.96	33
<hr/>	
Der Ausländerbeirat in der Presse	34
<hr/>	
Impressum	43



Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg



Mit viel Einsatz und Energie hat der Ausländerbeirat seit seiner Gründung 1973 als demokratisches, von der ausländischen Bevölkerung gewähltes Gremium die Interessen der in Nürnberg lebenden nichtdeutschen Menschen vertreten und einen sehr wichtigen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Nürnbergerinnen und Nürnberger unterschiedlichster Herkunft geleistet.

Der Vermittlerrolle des Ausländerbeirates ist es zu verdanken, daß es auch in der Zeit von vermehrten ausländerfeindlichen Anschlägen in der Bundesrepublik Deutschland 1992/93 in unserer Stadt bei einem Klima der Menschlichkeit und der Anteilnahme blieb.

Die hier vom Ausländerbeirat vorgelegte Dokumentation über seine Amtsperiode 1990 - 1996 gibt unter anderem einen Überblick über die schwierige und vielfältige Arbeit des Gremiums während dieser Zeitspanne.

Auch wenn die Ausländerpolitik von Bund und Land sich freilich der direkten Einflußnahme der Stadt Nürnberg entzieht, haben sich Stadtrat und Stadtverwaltung stets intensiv mit den Anregungen und Wünschen des Beirats auseinandergesetzt und im Rahmen der rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten der Stadt nach bestmöglichen Lösungen gesucht.

Den Mitgliedern des Ausländerbeirates danke ich für die geleistete Arbeit während der Amtsperiode 1990 - 1996 und wünsche mir, der Ausländerbeirat trage weiterhin dazu bei, daß Nürnberger jedweder Herkunft hier in einem Klima von Weltoffenheit und Toleranz zusammenleben und gemeinsam an der Zukunft unserer Stadt weiterarbeiten.

Ludwig Scholz
Ludwig Scholz

Vorwort des Vorsitzenden des Ausländerbeirates

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit der vorliegenden Dokumentation über die Arbeit des Ausländerbeirates von 1990 – 1996 wollen wir Rechenschaft über die vielfältigen Tätigkeiten des Ausländerbeirates ablegen. In den letzten vergangenen 6 Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für uns Einwanderer sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft grundlegend geändert. Die Lage für die »Ausländer« ist überhaupt nicht besser geworden, eher ist das Gegenteil der Fall. Als Beirat konnten wir nur sehr eingeschränkt Einfluß auf die Arbeit des Stadtrates und der Stadtverwaltung nehmen. Soweit es uns möglich war, haben wir dies versucht. Aber wir haben uns auch gegen die diskriminierenden Rahmenbedingungen der bayerischen und bundesdeutschen Ausländerpolitik zur Wehr gesetzt. In den Jahren 1990 – 1993 mußten wir uns verstärkt mit dem Problem des Rassismus und Rechtsextremismus auseinandersetzen.

Seit dem Beschluß des Stadtrates vom 09. Oktober 1996 über die Neuwahl des Ausländerbeirates befürchten wir eine Schwächung des Ausländerbeirates: von 32 wurde die Anzahl der Beiratsmitglieder auf 20 reduziert. Gewählt wird er wieder – wie 1973, 1978 und 1983 – nach Nationalitäten, die UnionsbürgerInnen werden nicht gewählt, sondern vom Stadtrat ernannt. Die Ausländer werden durch Entscheidungen von »oben« gespalten.

Andererseits leben wir in Nürnberg zum Glück in einem relativ guten multikulturellen Klima. Im Allgemeinen können wir mit dem in dieser Amtsperiode Erreichten zufrieden sein und hoffen, daß sich diese Entwicklung nicht umkehrt.

Daher gilt mein Dank an dieser Stelle den Menschen, die sich ehrenamtlich im Ausländerbeirat oder in anderen Institutionen für die Verständigung zwischen »Ausländern« und Deutschen und den verschiedenen Nationalitäten untereinander eingesetzt und zu diesem positiven Klima beigetragen haben. Dieser Dank schließt auch die uns wohlgesonnenen Politikerinnen und Politiker Nürnbergs ein.

Unser Ziel ist eine demokratische Gesellschaft, in der Menschen nicht aufgrund ihrer Herkunft und Nationalität diskriminiert werden. Wir fordern gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Vom Wahlrecht ist die Mehrheit der Einwanderinnen und Einwanderer noch ausgeschlossen.

Wir wünschen uns wenigstens eine wirklich erleichterte Einbürgerung und die Anerkennung der Doppelten Staatsbürgerschaft.

Trotz Einschränkungen wird sich der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg auch zukünftig in die kommunale und allgemeine Politik einmischen.



M. Ali Bencibara

M. Ali Bencibara
(Vorsitzender des Ausländerbeirates)



José Llorens

Die Arbeit des Ausländerbeirates

der Stadt Nürnberg

Die Entstehung des Ausländerbeirates

Die ersten »Gastarbeiter« kamen 1955. Damals waren sie Italiener. Am Anfang kümmerte sich speziell keine Institution um diese »Gastarbeiter«. Im Laufe der Jahre entstand ein regelrechter Aufschwung von Betreuungsorganisationen, die sich um die vielfältigen Probleme der »Gastarbeiter« kümmerten. Um nur einige zu zitieren: Arbeiterwohlfahrt, Katholische Mädchensozialarbeit, Sozialamt der Stadt Nürnberg, Landesarbeitsamt Nordbayern, Spanische-Katholische Mission, Caritasverband, Gastarbeiterinitiativen, DGB, Vereinigung der Arbeitgeberverbände und andere.

Es gab kein kommunales Organ, das man eine Interessenvertretung der Ausländer selbst nennen konnte.

Erst 1970 wurde im Nürnberger Stadtrat über die Einrichtung einer kommunalen Ausländervertretung diskutiert. Auf Empfehlung des Ältestenrates von 1972 wurde im Jahr 1973 eine Kommission eingerichtet, die eine Wahl für einen Ausländerbeirat vorbereiten sollte. Zugleich wurde auch die 1. Satzung des Ausländerbeirates vom Stadtrat verabschiedet.

Im gleichen Jahr wurde eine Wahlordnung erlassen und die 1. Wahl am 11.11.73 für den Ausländerbeirat durchgeführt. Die Wahlbeteiligung lag bei 18,6 %. Für viele verlief die Wahl enttäuschend. Nur 7631 (18,6%) der insgesamt 41098 Wahlberechtigten machten von der Möglichkeit Gebrauch, ein Gremium von 25 Ausländerbeiräten, getrennt nach Nationalitäten, zu bestimmen. Wahlberechtigt waren alle Ausländer, die das 18. Lebensjahr vollendet hatten und sich seit mindestens 3 Monaten in Nürnberg aufhielten. Die 25 Sitze im Ausländerbeirat waren festgelegt:

Türken, Griechen	5 Sitze
und Jugoslawen je	4 Sitze
Italiener	2 Sitze
Spanier	1 Sitz
Österreicher	
und die Minderheitengruppe,	
die später die	
»Gruppe der Sonstigen« hieß,	3 Sitze



Ausländische
Straßenarbeiter

Die ersten Schritte des Ausländerbeirates waren sehr mühselig. Mit Ausnahme der Mitglieder des Ausländerbeirates, die Sozialberater waren, hatten die Übrigen praktisch keine Erfahrung, wie man eine Sitzung durchführt, wie man überhaupt abstimmt, wie man Protokoll führt. Es gab keine Geschäftsordnung und dazu viele Sprachschwierigkeiten der Mitglieder.

1976 wurde – ohne Mitwirkung des Beirates – eine neue Satzung erlassen. Zuvor hatte der Ausländerbeirat einen Satzungsänderungsvorschlag gemacht, daß die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses berechtigt sein sollten, an den öffentlichen Sitzungen der Stadtratskommissionen mit Stimmrecht teilzunehmen. Er wurde, wie erwartet, mit der Begründung des Verstoßes gegen die Gemeindeordnung abgelehnt. Genauso wurde auch der Vorschlag abgelehnt, daß ein Vertreter des Ausländerbeirates Rederecht bei den Sitzungen des Stadtrates, in denen Themen, die die ausländischen Arbeitnehmer betrafen, behandelt wurden, bekommt.

Die Einstellung eines Geschäftsführers des Ausländerbeirates, von Anfang an eine Hauptforderung des Ausländerbeirates, wurde erst im Jahr 1979 verwirklicht. 3 Jahre nach der Wahl des Ausländerbeirates fand eine wichtige Pressekonferenz statt, in der man Bilanz über die Arbeit des Ausländerbeirates zog. Es wurde kritisiert, daß der Nürnberger Stadtrat die Satzung für den Beirat ohne die aktive Mitwirkung des Beirates geändert hatte. Damals schon, obwohl die Satzung des Beirates seine Kompetenz und Möglichkeiten sehr einschränkte, ging der Ausländerbeirat in seiner Arbeit über die Satzung hinaus.

Mitglieder des Ausländerbeirates nahmen an politischen Diskussionen und Veranstaltungen teil und versuchten dabei, den Deutschen die ausländerallgemeinen Probleme, die sich nicht nur auf die Kommune beschränkten, näher zu bringen. Die Hauptprobleme waren u. a. die Kindergeldregelung und die Familienzusammenführung.

Es wurde eine ganze Reihe von Forderungen aufgestellt in bezug auf die Probleme des Aufenthaltes und die Wohnungssituation, in bezug auf die Überwindung von Sprachschwierigkeiten wie Dolmetscherdienste in Krankenhäusern, in Beratungsstellen usw. Die meisten Anträge wurden wegen Unzuständigkeit oder aus Geldmangel abgelehnt.

Nach 3 Jahren waren die Ausländerbeiräte frustriert. Man stellte fest, daß der Beirat von den Parteien, Verbänden und Organisationen nicht ernst genommen wurde. Vom Stadtrat erst recht nicht. Die Vermutung, daß der Ausländerbeirat eine Alibifunktion einnahm, hatte sich für viele bestätigt.



Aufenthalts-
berechtigungs-
kampagne 1984



Aufenthalts-
berechtigungs-
kampagne 1984



Buchlesung
»Ganz unten« von
Günther Walraff 1985



Stadtfest
Gostenhof 1985



Solidaritätsfest 1985

1. Neuwahl 1978

Angesichts der Mißerfolge des Ausländerbeirates wegen der wenigen Kompetenzen, die er hatte, überlegten sich die Mitglieder des Beirates, alle gemeinsam zurückzutreten. Dies geschah glücklicherweise nicht, weil man auch einsah, daß die Einrichtung des Ausländerbeirates die einzige Möglichkeit war, für die Interessen der Ausländer zu kämpfen. 1978 wurde eine neue Wahlordnung erlassen. Die wichtigste Neuerung, die durch die Änderung der Wahlordnung entstand, war, daß es jetzt keine Persönlichkeitswahlen, sondern Listenwahlen gab, und daß neben »Ausländergruppen« auch tariffähige Arbeitnehmerorganisationen und gemeinnützige Betreuungsorganisationen Wahlvorschläge einreichen konnten.

Dies führte bei der Wahl 1978 dazu, daß für die Nationalitäten der Türken, der Jugoslawen und für die sogenannten internationalen »Gruppen« gar keine Wahl stattfand, weil nur jeweils eine gültige Wahlliste eingereicht wurde. Pro 2000 Einwohner einer Nationalität wurde ein Vertreter gewählt. Die Nationalitäten, die weniger als 2000 Einwohner stellten, wurden als »Gruppe der Sonstigen« zusammengefaßt. Die geringe Beteiligung an den Wahlen von 1973 und 1978 wurde damals kaum problematisiert. Man wußte – ohne es wahrhaben zu wollen –, daß der Ausländerbeirat einerseits von einigen politischen Gruppierungen aus politischen Erwägungen



Veranstaltung
»Kommunales Wahlrecht
in Europa« 1986

abgelehnt wurde und er andererseits vielen Ausländern nicht bekannt war.

1979 wurde beim »Amt für Kulturelle Freizeitgestaltung« eine Stelle für einen Geschäftsführer des Ausländerbeirates eingerichtet. Aufgabe des Geschäftsführers war, die enge Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden und dem geschäftsführenden Ausschuß, die Vorbereitung aller Sitzungen, die Protokollführung, Weiterverfolgung der Beschlüsse des Beirates, Mitarbeit in allen themenbezogenen Arbeitsgruppen des Beirates und das Sammeln und Aufbereiten von Informationen für den Ausländerbeirat.

Alle Beschlüsse des Beirates, die die Verwaltung betrafen, wurden in einer Stadtratskommission – damals wie heute der »Kommission für Fragen ausländischer Arbeitnehmer« – behandelt. Sie wurden von dort in die zuständigen Ausschüsse, in den Stadtrat oder direkt an die Verwaltung verwiesen.

Neuwahl 1983

In der Amtsperiode 1983 – 1990 intensivierte der Ausländerbeirat seine Arbeit. So daß man von einer echten Reifungsperiode sprechen kann. Bereits nach der konstituierenden Sitzung des Ausländerbeirates wurde im Frühjahr 1984 unter anderem der Arbeitsausschuß Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet.

In diesem Ausschuß wurden die vielfältigsten und unterschiedlichsten Aktivitäten, wie die jährlich stattfindende Ausländerwoche, Herausgabe des Infoblattes des Ausländerbeirates, politische Veranstaltungen, Seminare etc. organisiert. Die Öffentlichkeitsarbeit des Ausländerbeirates – mangels politischer Kompetenzen des Ausländerbeirates – war das größtmögliche Mittel des Beirates, um seine Ziele und Vorstellungen bekanntzumachen. Der Ausländerbeirat organisierte – teils in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen – in den darauffolgenden Jahren:

- Tages- und Wochenendseminare
- Symposien, wie über »Menschenrechtsverletzung durch Familientrennung«, »Immigration in Westeuropa«
- Podiumsdiskussionen
- Pressekonferenzen über verschiedene Themen
- Veranstaltungen, Solidaritätsfeste, Kundgebungen, Demonstrationen und Infostände gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik
- Vorbereitung und Durchführung von Aufenthaltsberechtigungskampagnen
- Ausstellungen über politische Themen

Der Ausländerbeirat wurde 1983 getrennt nach Nationalitäten bestimmt. Aber trotz der alten Nationalitätenwahl verstand sich der Ausländerbeirat schon immer als Interessenvertretungsorgan aller Ausländer über alle Nationalitäten hinweg.



Multikulturelles Fest 1995





Die Wahl 1990

Die Amtsperiode 1990 – 1996

Stadtrats- und Ausschusssitzungen

Im Verlauf der Amtsperiode 1983 – 1990 politisierte sich der Ausländerbeirat immer mehr, so daß er zu einem Interessenvertretungsorgan wurde. Die alte Satzung und Wahlordnung waren nicht mehr zeitgemäß. Verbesserungen und Kompetenzerweiterung waren das Gebot der Stunde, um der neuen Realität gerecht zu werden. Aus diesem Grund befaßte sich der Ausländerbeirat intensiv mit der Änderung der Satzung und Wahlordnung. Folgende Hauptforderungen kristallisierten sich heraus:

A) Für die neue Satzung:

- Anhörung des Beirates (durch Stellungnahme) bei allen Planungen der Stadt Nürnberg, die insbesondere Ausländer betreffen.
- Einladung zu allen Stadtrats- und Ausschusssitzungen und Rederecht eines Vertreters in diesen Gremien, wenn Ausländerangelegenheiten besprochen werden.
- Abwahlmöglichkeit des Vorsitzenden.

Es gab Probleme bei der Verankerung des Rederechts eines Vertreters des Ausländerbeirates in den Stadtrats- und Ausschusssitzungen. Es wurde dann jedoch vom Stadtrat beschlossen, daß der Ausländerbeirat in die öffentlichen Sitzungen dieser Gremien einen Vertreter entsenden kann.

B) Hauptforderung für die neue Wahlordnung

- Verlängerung der Amtsperiode auf 6 Jahre, um eine gleichzeitige Wahl mit der Kommunalwahl zu erreichen.
- Angleichung der Ausländerbeiratswahl an das Bayerische Kommunalwahlsystem. Das hieß:
 - Zulassung von deutschen Parteien und Wählergemeinschaften bei der Einrichtung von Wahlvorschlägen.
 - Wahl nach internationalen Listen (mit mindestens 3 Staatsangehörigkeiten je Liste)

- Möglichkeit der Listen- und Personenwahl (mit Häufeln und Panaschieren)
- Jeder Wähler hat so viele Stimmen zu vergeben, wie Mitglieder des Ausländerbeirates zu wählen sind.

Die Angleichung der Wahlen an das Bayerische Kommunalwahlsystem wurde vom Stadtrat beschlossen. Da aufgrund der internationalen Wahl nicht unbedingt gewährleistet werden konnte, daß bestimmte Nationalitäten im Beirat vertreten sind, fügte der Stadtrat einen Minderheitenschutz ein. Das heißt, die 6 größten Nationalitäten der in Nürnberg lebenden Ausländer und die Gruppe der Sonstigen mußten mit je 1 Sitz vertreten sein. War dies aufgrund der Wahlergebnisse nicht der Fall, wurden Überhangmandate eingerichtet. Die Wahl fand dann am 06.05.1990 statt. Am 17. Juli 1990 stellte der Wahlausschuß endlich folgendes Wahlergebnis vor:

Gesamtzahl der Wahlberechtigten	42.370
Insgesamt abgegebene Stimmzettel	6.953
Wahlbeteiligung in Prozent	16,41 %
Ungültige Stimmzettel	202
Gültige Stimmzettel	6.751

Die Ausländerbeiratssitze verteilten sich wie folgt:

Grüne Liste International	5 Sitze
SPD-International	12 Sitze
	+ 2 Überhangmandate
Nürnberger Liste Internationale	4 Sitze
	+ 1 Überhangmandat
HAK-Gerechtigkeit	7 Sitze
Unabhängige Liste	4 Sitze

Unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein fand am 25.10.1990 die konstituierende Sitzung des Ausländerbeirates im großen Sitzungssaal des Rathauses statt. Dabei wurde Herr M. Ali Bencibara wieder als Vorsitzender des Ausländerbeirates gewählt. Unter Anwendung des mathematischen Proporzverfahrens nach Hare/Niemeyer verteilten sich die Sitze der (neben dem Vorsitzenden) 6 weiteren Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses wie folgt:

SPD-International	2 Sitze
Grüne Liste International	1 Sitz
Nürnberger Liste Internationale	1 Sitz
HAK-Gerechtigkeit	1 Sitz
Unabhängige Liste	1 Sitz

Vorgeschlagen und gewählt wurden für die SPD-International:

Herr Papassavas (Stellvertreterin Frau Citlak)

Herr Petrovic (Stellvertreter Herr Akgün)

Grüne Liste International:

Herr Cabrera (Stellvertreter Herr Charissis)

Nürnberger Liste Internationale:

Herr Edinger (Stellvertreter: Herr Dr. Arona)

HAK-Gerechtigkeit:

Herr Akcara (Stellvertreter: Herr Köksoy)

Unabhängige Liste:

Herr Öktem (Stellvertreter: Herr Yilmaz)

Diese Personen wurden vom Ausländerbeirat als Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses bzw. Stellvertreter für die Dauer der Amtszeit bestellt. Daraufhin folgte die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden aus der Mitte des geschäftsführenden Ausschusses. Bei der geheimen und schriftlichen Wahl, bei der jedes Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses maximal 2 Stimmen zur Verfügung hatte, entfielen auf Herrn Cabrera und Herrn Papassavas jeweils 4 Stimmen, auf die anderen Kandidaten jeweils 1 Stimme. Herr Cabrera und Herr Papassavas waren damit zu gleichberechtigten Stellvertretern des Vorsitzenden gewählt worden.

Am 1.1.1991 wurde der Ausländerbeirat dem Bürgermeisteramt zugeordnet. Die Mitarbeiter der Geschäftsstelle unterstehen seitdem direkt dem Leiter des Bürgermeisteramtes.

Die allgemeine Lage

Die Erwartungen des neuen Ausländerbeirates waren sehr groß. Man erwartete viel von der Ansiedlung der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates im Bürgermeisteramt, weil dies einen direkten Kontakt mit der obersten Verwaltung bedeutete. Auch die Tatsache, daß diesmal der Ausländerbeirat aus 5 Fraktionen - 2 von diesen Fraktionen bestanden zum Teil aus Mitgliedern von 2 deutschen Parteien - erhoffte man sich, daß die politischen Parteien und der Ausländerbeirat einen gegenseitigen positiven Einfluß haben würden, um die Forderungen des Ausländerbeirates durchzusetzen.

Diese Hoffnung erfüllte sich leider nicht. Der Ausländerbeirat war längst kein bloßes Beratungsorgan mehr, sondern er hatte sich im Laufe der Jahre immer mehr zu einer Interessenvertretung der Ausländer gewandelt. Der Nürnberger Ausländerbeirat verstand seine Arbeit noch nie als eine rein kommunale Angelegenheit.

Der Ausländerbeirat protestierte z. B. zusammen mit den Ausländerbeiräten der Region wegen der Ursachen, die zum Rücktritt der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Frau Lieselotte Funcke, geführt hatten.

Auch gegen die Regelung des bayerischen Erziehungsgeldes (das nicht für Bürger außerhalb der Europäischen Gemeinschaft galt) und gegen die Einschränkungen der ausländischen Sender beim Bayerischen Rundfunk hat der Ausländerbeirat Protest eingelegt.

Mit zahlreichen Pressekonferenzen und Protestbriefen an den Bayerischen Ministerpräsidenten, an den Bundesinnenminister, an die Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen und andere zahlreiche Persönlichkeiten überschritt der Ausländerbeirat den von der Satzung festgelegten kommunalen Rahmen. Mit anderen Worten, der Ausländerbeirat nahm für sich das Recht in Anspruch, auch zu Landes- und Bundesangelegenheiten Stellung zu beziehen.

Die Probleme, mit denen der neue Ausländerbeirat konfrontiert war, waren gewaltig. Die allgemeine Lage der Ausländer in der Bundesrepublik hatte sich erheblich verschlechtert.

1989 hatte das Bundesverfassungsgericht die Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer als verfassungswidrig erklärt.

Am 1.1.1991 trat ein neues Ausländergesetz in Kraft, das erhebliche Verschlechterungen für die Ausländer mit sich brachte und wenig Verbesserungen. Dazu kam die Änderung des Grundgesetzes § 16 Abs. 2, »Asylkompromiß« genannt, und zuletzt eine gewaltige bundesweite Terrorwelle gegen Nichtdeutsche und andere gesellschaftliche Minderheiten.

Arbeitsausschüsse

Mitte Dezember 1990 richtete der Ausländerbeirat verschiedene Arbeitsausschüsse ein. Aufgabe der Arbeitsausschüsse war, die Arbeit des Ausländerbeirates inhaltlich vorzubereiten und Empfehlungen für den geschäftsführenden Ausschuss und den Ausländerbeirat vorzutragen. Diese Arbeitsausschüsse waren:

- Arbeitsausschuß Öffentlichkeitsarbeit, der schon seit 1984 bestand
- Arbeitsausschuß Zuschußvergabe
- Arbeitsausschuß Flüchtlinge
- Arbeitsausschuß Jugend und Schule
- Arbeitsausschuß Wohnen und Soziales
- Arbeitsausschuß Religionsangelegenheiten
- Arbeitsausschuß Frauen
- Arbeitsausschuß Vereins-, Sport- und Freizeitangelegenheiten
- Arbeitsausschuß rechtliche Angelegenheiten

Es war ein sehr ambitioniertes Arbeitsprogramm des neuen Ausländerbeirates. Später mußte der Ausländerbeirat mangels Engagement vieler seiner Mitglieder zu bescheideneren Arbeitsformen übergehen. Einige Ausschüsse haben sich wieder aufgelöst.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Öffentlichkeitsausschuß war sehr aktiv. 1990 fanden Veranstaltungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes mit Fachleuten und Politikern als Referenten statt. Als Höhepunkt des Jahres 1990 gab es 2 Symposien zum Thema der multikulturellen Gesellschaft. Der Ausländerbeirat war Mitveranstalter. Die Beiträge der beiden Symposien wurden 1991 als Buch mit dem Titel »Es geht auch anders. Leben und Lernen in der multikulturellen Gesellschaft« veröffentlicht. Die Ausländerbeiräte von Nürnberg, Erlangen und Fürth waren Unterstützer bei der Herausgabe des Buches.

Wichtig war 1991 das Erscheinen der Zeitung »Multikulturelles Nürnberg« des Ausländerbeirates. Die Zeitung wurde später erweitert. Eine Redaktionskommission des Ausländerbeirates hatte die Aufgabe, diese Zeitung auszuarbeiten. Allerdings war von Anfang an unklar, ob die Zeitung ein breites Publikum erreichte und wieviele Ausländer diese Zeitung überhaupt lesen konnten, da die Zeitung nicht mehr in Fremdsprachen übersetzt wurde, sondern nur in deutscher Sprache erschien. Die Arbeit für diese Zeitung war immer auf sehr wenige Schultern verteilt. Die letzte Ausgabe der Zeitung erschien im Februar 1995.

Vergabe des Multikulturellen Preises 1995 (Frau Sievert, Herr Cabrera, Herr Madeisky)



Vergabe des Multikulturellen Preises 1995 (Die Schüler der Berufsschule 5)



Der »Multikulturelle Preis« des Ausländerbeirates ist zu einer dauernden Einrichtung geworden. Der Preis war mit 2.000,- DM dotiert. Der Preis konnte in 2 bzw. 3 Preise aufgeteilt werden. Der Preis wurde jährlich von einer Jury, die vom geschäftsführenden Ausschuß zu benennen ist, an Personen, Vereine, Institutionen vergeben, die sich für Ausländer im Bereich Kultur, Soziales, Kommunalpolitik, Sport verdient gemacht hatten. 1993 fielen die Preise an »DEGRIN/Ausländer und Deutsche gemeinsam«, an die »Initiative Ausländer und Deutsche«, und an die »Kirchengemeinde St. Jobst«. 1994 ging der Preis an die »Initiative Bleiweiß gegen Ausländerfeindlichkeit und die Intoleranz«. Die Bleiweißinitiative ist eine Gruppe parteiunabhängiger Nürnberger und Nürnbergerinnen, die sich für ein tolerantes Zusammenleben und für die gute Nachbarschaft mit den ausländischen Bürgern dieser Stadt einsetzt. Der multikulturelle Preis 1995 fiel an die Schüler der städtischen Berufsschule 5 (B5) für das Theaterstück »Ayse und Hans«. Es handelte sich um ein Theaterstück gegen Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz.

Unter dem Motto »Ich bin nicht ausländerfeindlich, aber...« veranstaltete der Ausländerbeirat im Dezember 1991 einen Plakatwettbewerb mit Schülern von Kunstakademien, Kunstschulen und freien Künstlern.

Der Ausländerbeirat nahm 1990 aktiv an dem Projekt »Nachbarn in Nürnberg«, das von mehreren Institutionen und Initiativen organisiert wurde, teil. Die Themen waren: »Doppelte Staatsbürgerschaft«, »Bürgerrechte für Minderheiten, Minderheitenrechte für Bürger!« und »Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit«.

Dem Ausländerbeirat, dem DGB und zahlreichen Initiativen gelang es, 1990/92, – insbesondere bei der Demonstration vom 08.11.91 – Tausende von Teilnehmern bei Demonstrationen gegen den Entwurf des neuen Ausländergesetzes und gegen die Brandanschläge und Morde von Rechtsextremisten zu mobilisieren.

Die Mahnwachen anlässlich des sogenannten »Oxner-Attentats« – eines Neonazis, der 1982 3 Ausländer ermordete und 2 andere schwer verletzte – wurden zusammen mit anderen Initiativen fast jedes Jahr weiter durchgeführt.

Am 28. Juni 1992 veranstaltete der Ausländerbeirat in Zusammenarbeit mit dem Bildungszentrum eine Podiumsdiskussion »Die Asyldebatte« mit Roland Schilling, Dr. Diana Wong, Eberhard Seidel-Pielen und Bernd Siegler. Die Referenten beleuchteten die Asylthematik mit erstaunlicher Fachkenntnis vor einem reduzierten, aber sehr interessierten Publikum.



Demonstration und Kundgebung gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit 1991

Sehr stark war die Teilnahme der Journalisten von Zeitungen und Rundfunksendern in Nürnberg an der Pressekonferenz über das Thema »Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehegatten« im August 1992. Dabei wurde am Beispiel eines Nürnberger Einzelschicksals die unmenschliche Härte des neuen Ausländergesetzes, was die Regelung des Aufenthaltsrechtes für Ehegatten betrifft, dokumentiert.

Der Ausländerbeirat veranstaltete jedes Jahr die Ausländerwochen. 1990 und 1991 unter dem Motto »Gemeinsam leben – gemeinsam entscheiden«. Im Jahre 1992 unter dem Motto »Viele Kulturen – eine Zukunft«. Im Jahr 1993 unter dem Motto »Frieden gestalten – Gewalt überwinden«, 1994 unter dem Motto »Mensch, denk nach! – Demokraten wählen ausländerfreundlich«. 1995 war das Motto »Wahl 96 – Wahlrecht für alle!«



1994: Aktionstag
»Mensch denk nach! –
Demokraten wählen
ausländerfreundlich«
 Renate Schmidt,
 Klaus-Peter Murawski,
 Arno Hamburger,
 Dr. Peter Schönlein,
 Ignaz Bubis
 (von links nach rechts)

Höhepunkt und gleichzeitiger Start der Ausländerwochen 1994 war der Aktionstag am 24. September rund um die Lorenzkirche unter dem Motto »Mensch, denk nach! – Demokraten wählen ausländerfreundlich«. 31 verschiedene Gruppen und Organisationen beteiligten sich an diesem Aktionstag an der Infobörse »Markt der Möglichkeiten« vor der Lorenzkirche. An der Spitze stand der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg. Jungsozialisten, Grüne und Liberale waren vertreten. Am Nachmittag erschien Ignaz Bubis, Zentralratsvorsitzender der Juden in Deutschland, begleitet von der Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt, von Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein, Bürgermeister Klaus-Peter Murawski, dem Vorsitzenden der israelitischen Kultusgemeinde Arno Hamburger und Horst Schmidbauer, Mitglied des Bundestages. Die Veranstaltung wurde von ca. 2.000 Zuhörern besucht. Es gab auch ein buntes Kulturprogramm mit Musik. Man kann die Veranstaltung als einen großen Erfolg bezeichnen.

Einen Höhepunkt der Ausländerwochen bildete die Gestaltung des Multikulturellen Festes auf dem Hauptmarkt, vor allem wegen der zunehmenden bundesweiten Gewalt gegen Ausländer und gegen gesellschaftliche Minderheiten. Seit 1991 bekam das multikulturelle Fest auf dem Hauptmarkt einen Protestcharakter.



1994: Aktionstag
»Mensch denk nach! –
Demokraten wählen
ausländerfreundlich«
 Rockgruppe »Argile«

Ein Höhepunkt des Jahres 1992 war im September der Besuch der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Frau Schmalz-Jacobsen. In der sehr gut besuchten Veranstaltung sagte Frau Schmalz-Jacobsen, Deutschland sei ein Einwanderungsland geworden, auch wenn viele Politiker, vor allem die Bundesregierung es stur nicht einsehen wollten. Es gehe darum, eine Politik zu gestalten, die dem Faktum der Einwanderung gerecht werde. Dazu gehören ein gesicherter Rechtsstatus für Einwanderer, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Familienangehörige, eine erleichterte Einbürgerung mit der Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus solle das Ausländergesetz 1990 revidiert werden. Es sei bedauerlich, so Frau Schmalz-Jacobsen, daß das Bonner Innenministerium noch keine endgültigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erlassen habe. Die Einbürgerung solle wirklich erleichtert werden. Das gleiche gelte auch für die Aufenthaltsberechtigung.

Der Ausländerbeirat unterstützte 1992 die vom Verein »Rockin' Radio« initiierte Benefizveranstaltung gegen Ausländerfeindlichkeit in der Diskothek RESI durch inhaltliche Beiträge sowie durch die Bereitstellung von Mitteln. Bei dieser Veranstaltung vertrat der 3. Bürgermeister der Stadt Nürnberg, Herr Klaus-Peter Murawski, den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg. Genauso unterstützte der Ausländerbeirat eine »Kindermalaktion« der Pfarrei St. Lorenz vor der Lorenzkirche im Rahmen der Ausländerwochen 1992. Dabei malten die Kinder ein buntes Riesentransparent, das die Multikulturalität unserer Stadt anschaulich machte. Das Motto des Transparentes war »Wir wollen Frieden« in verschiedenen Sprachen.

Anlässlich des 10jährigen Jubiläums des »Spanischen Koordinierungskreises Nürnberg« veranstaltete der »Spanische Koordinierungskreis Nürnberg« in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat im April 1993 eine sozialpolitische Veranstaltung. Diese Veranstaltung war ein großer Erfolg und wurde sehr gut besucht. Es waren mehrere Vertreter der Stadt Nürnberg sowie andere Interessenten dabei.

Das positive Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Türken in Deutschland – es handelte sich dabei um Rechte, die aus dem Assoziationsvertrag der Türkei mit der Europäischen Gemeinschaft resultierten – war Gegenstand einer Veranstaltung 1993, die vom Ausländerbeirat organisiert wurde, mit dem Titel »Was sind die Folgen des Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Türken in Deutschland?«. Der Referent war Herr Harun Gümrükcü.



Das bundesweite »Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft – dem Haß keine Chance, eine Million Stimmen für doppelte Staatsbürgerschaft« wurde in Nürnberg finanziell und organisatorisch vom Ausländerbeirat unterstützt. Demzufolge trug der Ausländerbeirat dazu bei, das Südstadtfest politisch zu gestalten: Er betrieb eine eigenen Infobude, in der Infomaterial, Luftballons, und ähnliches verteilt wurden. Man sammelte Unterschriften zum Referendum »Doppelte Staatsbürgerschaft«. Die Podiumsdiskussion zu diesem Thema mit Politikern wurde allgemein als großer Erfolg bewertet.

Am 11.11.1993 fand im Rathaus ein Empfang des Oberbürgermeisters Dr. Peter Schönlein anlässlich des 20jährigen Jubiläums des Ausländerbeirates statt. Vor ca. 150 Gästen – Vereinsvorsitzenden, Sozialarbeitern, Vertretern des DGB und der Kirchen, Stadträten, Konsulatsangehörigen und anderen – lobte der Oberbürgermeister die langjährige Arbeit und das Engagement des Ausländerbeirates und wünschte weiterhin viel Erfolg für die Zukunft. Der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Herr M. Ali Bencibara, zog in seiner Rede eine Bilanz der Arbeit des Ausländerbeirates und äußerte sein Verständnis für die sehr angespannte Finanzlage der Stadt:

»... aber ich beobachte mit großer Sorge die Kürzungen, die den Beirat auch in nächster Zukunft treffen werden. Die Verwirklichung des Ausländerprogrammes ist akut gefährdet«.

Weiterhin äußerte er seine Angst davor, daß aufgrund der Einführung des kommunalen Wahlrechtes für die Unionsbürger der Ausländerbeirat 1996 in einen »Restbeirat« der Nicht-EU-Bürger verwandelt werden könnte. Die spezifischen Probleme von Minderheiten – auch die der Unionsbürger – würden dadurch nicht gelöst.

Der Ausländerbeirat verfaßte zusammen mit dem DGB und dem Bunten Tisch 1993 den »Nürnberger Appell«. In diesem Appell wurden die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker aufgefordert, sich einzusetzen für:

- die Einführung einer erleichterten Einbürgerung und die Anerkennung einer doppelten Staatsbürgerschaft
- die Einführung eines allgemeinen Wahlrechtes für alle hier lebenden Bürger
- die Verteidigung des individuellen Rechtsanspruchs auf Asyl
- die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes
- eine offensive Politik gegen jede Form von Diskriminierung
- die entschlossene Bekämpfung des Rechtsradikalismus

Angesichts der drohenden Schließung von »Radio Z« protestierte der Ausländerbeirat beim Bayerischen Medienrat und unterstützte eine breite Kampagne gegen den beabsichtigten Entzug der Sendelizenz. Die Kampagne hatte Erfolg. Eine Schließung von »Radio Z« hätte sehr negative Folgen für die in der Umgebung Nürnbergs lebenden Türken, Kurden, Griechen, Italiener, Spanier, Lateinamerikaner und Deutschen mit sich gebracht, die die Fremdsprachenprogramme des Senders mit Begeisterung verfolgen.

Sehr lebendig und gut besucht war die Veranstaltung »Europawahl und Ausländerpolitik« am 24.04.94 im Nachbarschaftshaus Gostenhof, die vom Ausländerbeirat zusammen mit Vereinen von Bürgern der Europäischen Union mit Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien durchgeführt wurde. Die Kandidatinnen und Kandidaten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CSU, F.D.P. und PDS wurden von der Zuhörerschaft über Themen zur Ausländerpolitik zur Rede gestellt. Das Interesse war groß, da diesmal am 12. Juni 1994 die Unionsbürger in allen Ländern der EU das aktive und passive Wahlrecht zu den Europawahlen hätten.

Kritisiert wurde dabei die mangelnde und späte Information seitens der Bundesregierung und der Parteien. Dies erweckte den Eindruck, die Parteien vernachlässigten das Wählerpotential der Unionsbürger.

Als Spaltung der Ausländer wurde empfunden, daß nur die Unionsbürger wählen durften. Zwei Drittel aller Ausländer blieben ohne Wahlrecht.

Obwohl die Stadt Nürnberg einen Brief des Oberbürgermeisters an alle Wahlberechtigten Unionsbürger mit Beilage der mehrsprachlichen Broschüre schickte – diese Broschüre wurde auch über den Ausländerbeirat verteilt –, gab es leider nur 1011 Aufnahmen in das Wählerverzeichnis. Dies konnte aber zum Teil auch daran liegen, daß bei der Europawahl 1994 die Unionsbürger die Möglichkeit hatten, Abgeordnete ihres Heimatlandes zu wählen. Bei den künftigen Kommunalwahlen wird diese Konkurrenzsituation nicht gegeben sein.

Der Ausländerbeirat initiierte eine Plakataktion zum Wahljahr 1994 unter dem Motto »Mensch, denk nach! – Demokraten wählen Ausländerfreundlich«: Die Aktion lief in Zusammenarbeit mit dem DGB, und dem Verband der Initiativen der Ausländerarbeit (VIA). Parallel dazu wurde eine Unterschriftenkampagne »NEIN zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus!« durchgeführt, die im Herbst 1994 als Anzeige in den »Nürnberger Nachrichten« erschien.

Ein großer Renner unter den Veröffentlichungen des Ausländerbeirates war die Broschüre »Ich bin nicht ausländerfeindlich, aber...«, die in den letzten Jahren von Institutionen, Initiativen und zahlreichen Privatpersonen, Initiativen und zahlreichen Privatpersonen angefordert wurde. Nun liegt diese Broschüre schon in einer dritten, völlig überarbeiteten Auflage vor. Zu beziehen ist diese Broschüre kostenlos in der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates, Peter-Vischer-Str. 17, 1. Stock, Nürnberg.

Veranstaltung
»Schnupperstaats-
angehörigkeit –
pro und contra«
Februar 1995
Bay. Innenminister
Dr. Günther Beckstein,
Juan Cabrera,
Hans-Heinz Heldmann



Anlässlich des Gedenkjahres 1995 (»Nürnberger Rassengesetze 1935«, Kriegsende, »Nürnberger Prozesse« 1945 in Nürnberg) beteiligte sich der Ausländerbeirat inhaltlich und finanziell an einem Symposium zum Thema »Rassismus gestern – Rassismus heute« mit dem DGB und weiteren Kooperationspartnern. Der Ausländerbeirat führte auch in Zusammenarbeit mit Ausländischen Vereinen muttersprachliche Veranstaltungen zum gleichen Thema durch. Ein Seminar über die Wurzeln des Rassismus in spanischer Sprache hatte bereits im Dezember 94 stattgefunden. Eine Broschüre in türkischer Sprache zum Thema »Nürnberg in der Zeit des Nationalsozialismus« war bereits im Dezember 94 erschienen.

Im Februar 95 lehnte der Ausländerbeirat massiv die Absichten einer »Schnupperstaatsangehörigkeit« für ausländische Kinder einzuführen ab. Das heißt eine provisorische eingeschränkte Staatsangehörigkeit für ausländische Kinder, die sich dann später entscheiden müßten. Über dieses Thema veranstaltete der Ausländerbeirat eine Diskussion mit dem Bayerischen Innenminister Dr. Günther Beckstein und Dr. Hans-Heinz Heldmann, Rechtsanwalt aus Frankfurt. Die Veranstaltung mit dem Titel »Schnupperstaatsangehörigkeit – pro und contra« fand am 23. Februar 1995 statt und war sehr gut besucht. Dabei setzte sich Dr. Beckstein für eine vorläufige, nicht mit den vollen Rechten und Pflichten ausgestattete Staatszugehörigkeit für ausländische Kinder ein. Die Jugendlichen würden erst mit 18 Jahren das volle Bürgerrecht erhalten. Eine Staatsbürgerschaft zweiter Klasse »zum Schnuppern« sozusagen. Dr. Hans-Heinz Heldmann dagegen sprach sich für eine Staatsangehörigkeit mit vollen Rechten und Pflichten für ausländische Kinder, unter Beibehaltung der ursprünglichen Staatsbürgerschaft, aus. Der stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates Juan Cabrera äußerte sich über die Absicht einer »Schnupperstaatsangehörigkeit« so: »Diese mindere Qualität einer Staatsbürgerschaft für Ausländer, die in 3. Generation in Deutschland leben, ist menschlich eine Frechheit, politisch ein Offenbarungseid und juristisch ein sumpfiges Gelände«.

Bereits im Mai 1994 beschäftigte sich der Ausländerbeirat erstmals intern in einem Seminar über das »Thema Zukunft des Ausländerbeirates nach 1996«. Im Jahre 1996 haben die EU-Bürger das kommunale Wahlrecht aktiv und passiv. Die Frage war unter anderem, ob die EU-Bürger auch im Ausländerbeirat nach 1996 vertreten sein würden oder nicht. Am 22. Oktober 94 fand ein Treffen mit einem erweiterten Teilnehmerkreis statt. Am 22.01.95 fand im Nachbarschaftshaus Gostenhof eine Fortsetzung des Themas in der Form eines Tagesseminars statt. Dabei waren Stadträte der verschiedenen Parteien, Vereinsvertreter und Mitglieder der Stadtverwaltung anwesend. Es wurden verschiedene Modelle der Vertretung von Ausländerinteressen vorgestellt. Danach gab es eine Stellungnahme der Parteien und Vereine zur Wahl eines Ausländerbeirates mit anschließender Stellungnahme der Vereinsvertreter und einer Diskussion. Der Ausländerbeirat sowie auch die Mehrheit der Vereinsvertreter (insgesamt etwa 20 ausländische Vereine) sprachen sich für ein Modell aus, in dem alle Ausländer – auch die Unionsbürger – den Ausländerbeirat wählen. Die Unionsbürger wählen auch den Stadtrat, und ansonsten soll der Ausländerbeirat wie bisher funktionieren.

Bereits Ende Januar 1995 appellierte der Ausländerbeirat an den Bayerischen Landtag:

1. Die Umsetzung der Richtlinien des Rates der Europäischen Union vom 19.11.1994 in Bayerisches Recht schnellstmöglichst zu beschließen.
2. Die Eintragung in das Wählerverzeichnis von Amts wegen vorzusehen.
3. Von den in den Richtlinien eingeräumten Möglichkeiten zu Wahlrechtsbeschränkungen keinen Gebrauch zu machen.

Die Stadt Nürnberg wurde gebeten, Vorkehrungen für die Anlegung eines Wählerverzeichnisses zu treffen und die in Frage kommenden ErstwählerInnen (UnionsbürgerInnen) im Herbst 1995 mittels eines Informationsblattes in der jeweiligen Landessprache, über das bevorstehende Wahlrecht 1996 zu informieren.

Als die Umsetzung der Richtlinien von Maastricht über das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger per Gesetz seitens der Bayerischen Staatsregierung kam, protestierte der Ausländerbeirat in mehreren Pressekonferenzen und Briefen an den Ministerpräsidenten und an den Innenminister Beckstein gegen den Zwang für die Unionsbürger, sich in das Wählerverzeichnis eintragen zu müssen und gegen die Einschränkung des passiven Wahlrechts. Die Unionsbürger durften nicht für das Amt des Bürgermeisters bzw. eines Landrates kandidieren.

Darauffhin startete der Ausländerbeirat eine Informationskampagne für EU-BürgerInnen mit einer Plakataktion mit der Aufforderung, sich in das Wählerverzeichnis eintragen zu lassen sowie mit mehreren Aktionen in den Vereinen der EU-Bürger.

Die Stadt Nürnberg forderte die EU-BürgerInnen mehrsprachlich auf, sich an den Wahlen zu beteiligen. Der Ausländerbeirat informierte in griechischer, spanischer und italienischer Sprache über den Wahlmodus in Bayern mit Panaschieren und Häufeln.

Ein Infoblatt über das Schengener Abkommen gab der Ausländerbeirat 1995 in türkischer, serbokroatischer, und deutscher Sprache heraus, um über die neueste Regelung der »Freizügigkeit« innerhalb der Vertragsstaaten für die Drittstaatler mit einer Aufenthaltserlaubnis zu informieren.



Veranstaltung zur Kommunalwahl im Nachbarschaftshaus Gostenhof
Februar 1996



unten:
Sitzung des Ausländerbeirates am 16. April 1996
José Llorens,
Sidika Arslan,
OB Ludwig Scholz,
Ali Bencibara,
Friedrich Popp
(von links nach rechts)



Protestaktion auf der Nürnberger Kaiserburg beim Empfang der Bayr. Staatsregierung Mai 1995
Müslim Bilginer
Ali Bencibara
(von links nach rechts)

Am 12. Mai 1995 fand in der Nürnberger Kaiserburg ein Empfang der Bayerischen Staatsregierung anlässlich des Europatages statt. Dabei waren Vertreter der Vereine aus EU-Staaten eingeladen. Andere Vereine aus Nicht-EU-Staaten wurden nicht eingeladen. Mitglieder des Ausländerbeirates zusammen mit dem »Bunten Tisch« protestierten am Eingang zur Kaiserburg gegen diese Handlungsweise der Bayerischen Staatsregierung und gegen ein Dreiklassenwahlrecht in Bayern anlässlich der Kommunalwahl 1996. Die Demonstranten setzten sich für ein kommunales Wahlrecht ohne Einschränkungen für alle ein.

Protestaktion auf der Nürnberger Kaiserburg beim Empfang der Bayr. Staatsregierung Mai 1995



Im Juli 1995 ernannte der Ausländerbeirat Herrn Juan Cabrera zum Vertreter des Ausländerbeirates mit beratender Funktion beim Seniorenrat.

Ende 1995 führte der Ausländerbeirat eine Einbürgerungskampagne durch. Es wurde eine Informationsbroschüre in deutscher und türkischer Sprache gedruckt, um insbesondere auf die »erleichterte Einbürgerung« aufmerksam zu machen. Die Stadt Nürnberg wurde aufgefordert, jugendliche Ausländer per Post über die »erleichterte Einbürgerung« zu informieren und sie aufzufordern sich einzubürgern. Diese Forderung wurde erfüllt. Mehrere Veranstaltungen in Kooperation mit den Vereinen fanden im Rahmen der Einbürgerungskampagne statt. Das Interesse an den Veranstaltungen war vor allem bei den Jugendlichen groß.

Anlässlich der Kommunalwahl in Nürnberg am 10. März 1996 unterstützte der Ausländerbeirat die Veranstaltung »Wahlrecht für alle« von der Initiative »Gleiche Rechte für alle« am 09. März vor der Lorenzkirche. Es wurde dabei angeprangert, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein Dreiklassenwahlrecht herrsche. Menschen aus EU-Ländern wird nur das kommunale Wahlrecht zugestanden – Bürgerinnen und Bürgern aus anderen Herkunftsländern (z. B. der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien) wird das Wahlrecht ganz abgesprochen, auch wenn sie zum Teil seit Jahrzehnten ihren Lebensmittelpunkt hier haben. 7 Millionen Menschen aus anderen Ländern leben in der Bundesrepublik Deutschland und sind fester Bestandteil der Gesellschaft, auch wenn die Bundesregierung noch immer bestreitet, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Forderungen waren:
Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, gleiche soziale und politische Rechte für Menschen aller Nationalitäten mit Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik und doppelte Staatsbürgerschaft.



Veranstaltung »Wahlrecht für alle« am 9. März 1996 vor der Lorenzkirche



Veranstaltung »Wahlrecht für alle« am 9. März 1996 OB Peter Schönlein, Ali Sondag

Bereits im November 1990 wurde der Arbeitsausschuß Zuschußvergabe eingerichtet. Dieser Arbeitsausschuß hat die Aufgabe, Zuschüsse durch die Stadt Nürnberg für soziale und kulturelle Zwecke ausländischer Arbeitnehmer und Mieten ausländischer Gruppen und Vereine zu begutachten.

Der Stadtrat hatte ein Jahr zuvor die sogenannten »Richtlinien für die Vergabe von Zuschüssen durch die Stadt Nürnberg für soziale und kulturelle Zwecke ausländischer Gruppen und Vereine« beschlossen. In diesen Richtlinien wurde festgestellt: »Zuschußanträge, die über 1.500,- DM hinausgehen, werden dem Ausländerbeirat bzw. einer vom Ausländerbeirat eingerichteten Zuschußvergabekommission mit einer Empfehlung des Amtes für Kultur und Freizeit/Abt. Ausländerarbeit zur Begutachtung vorgelegt«.

Flüchtlinge

Der Ausländerbeirat setzte sich während dieser Amtsperiode für die Probleme und Nöte der Asylbewerber soweit wie möglich ein. Schon im November 1990 wurde der Herr Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg aufgefordert, bevor er der Anweisung des Bayerischen Innenministeriums nachkäme, Asylbewerber zu gemeinnützigen Arbeitsaufgaben heranzuziehen, beim Bayerischen Städtetag den Antrag zu stellen, daß die Bayerische Staats- bzw. die Bundesregierung das fünfjährige Arbeitsverbot für Asylbewerber aufhebe.

Die Kirchengemeinde St. Jobst gewährte 1989 einem Flüchtling aus Bangladesch, der von Abschiebung bedroht war, ca. 9 Monate Kirchenasyl. Dafür wurde mehreren Gemeindegliedern ein Bußgeld auferlegt. Deswegen beteiligte sich der Ausländerbeirat an einem bundesweiten Kirchenasyltreffen in Nürnberg und stellte für einen Teil der Kosten die Mittel zur Verfügung. Dieses Kirchenasyltreffen wurde auch von der »Freien Flüchtlingsstadt Nürnberg« mitorganisiert.

Der Ausländerbeirat trug auch ein Drittel der Transportkosten von gesammelten Hilfsgütern für die kurdisch-irakischen Flüchtlinge in die Türkei. Verschiedene Organisationen und Einzelpersonen hatten in Nürnberg Hilfsgüter für die kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak gesammelt.

Angesichts zunehmender Gewalttaten gegen Ausländer, insbesondere Brandanschläge und Übergriffe gegen Asylbewerberunterkünfte, war die Notwendigkeit gegeben, die Asylbewerberheime vor den Angriffen ausreichend zu schützen. Ein für jeden zugängliches Telefon wäre das Minimum der nötigen Hilfsmaßnahmen. Deswegen wurde Herr Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein gebeten, die zuständigen Stellen für die Unterbringung von Asylbewerbern aufzufordern, in den Unterkünften Notruftelefone zu installieren sowie die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen. Dies wurde zum Teil erfüllt.

Nach einer Innenministerkonferenz am 20.11.1992 wurde nur der Abschiebestop für Afghanen, irakische Kurden und Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien verlängert. Sogar für Somalia bestand kein Abschiebestop mehr. Lediglich die Tatsache, daß der Flughafen nicht gesichert war, stand einer Abschiebung in Hungersnotgebiete im Wege. So trug der Rechtsreferent und mit ihm die Stadtverwaltung die Verantwortung, genauestens zu prüfen, ob Menschen in Länder abgeschoben werden durften, wo – nach Berichten von amnesty international und Medico International, der Gesellschaft für bedrohte Völker, und UNHCR – Menschenrechte ernsthaft verletzt werden und Menschen verschwinden. Der Ausländerbeirat appellierte deswegen an den Stadtrat und die Stadtverwaltung, beim Auslaufen des Abschiebestops voll ihre Befugnisse in bezug auf § 52 des Ausländergesetzes auszuschöpfen und in ihren Entscheidungen die erwähnten Berichte von den Menschenrechtsorganisationen und des UNHCR ernsthaft zu berücksichtigen.

Der Ausländerbeirat protestierte beim Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein gegen die unhaltbaren, unmenschlichen, unhygienischen Zustände, in denen die Asylbewerber der Stadt Nürnberg im »Augustinerhof« untergebracht wurden. Dabei wurde auch festgestellt, daß ca. 150 Kinder, die dort mit ihren Familien lebten, die Hauptleidtragenden waren, sie hatten nicht einmal Spielmöglichkeiten.

Der Herr Oberbürgermeister empfing Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses. Dank seines Einsatzes wurden einige Verbesserungen der Lebensbedingungen im »Augustinerhof« erreicht. Es gab einen Hausmeister mehr und einige technische Verbesserungen. Allerdings waren die Forderungen des Ausländerbeirates diesbezüglich noch längst nicht alle in die Tat umgesetzt. Große Sorge bereitete dem Ausländerbeirat die Fortsetzung der sozialen, rechtlichen und gesundheitlichen Betreuung der Asylbewerber in den staatlichen Unterkünften.

Den Rest kennt jeder. Der sogenannte »Asylkompromiß« kam. Die Ergänzung des Asylparagraphen des Grundgesetzes Artikel 16 schränkte künftig sehr stark den Kreis der Asylbewerber ein. Viele Kritiker halten das Verfahren für nicht vereinbar mit der Rechtsgarantie des Grundgesetzes. Das Ergebnis macht sich schon jetzt bemerkbar. Viele politisch Verfolgte werden aufgrund dieses »Asylkompromisses« bei uns kaum die Möglichkeit haben, einen Schutz vor Verfolgung zu finden.

Das Engagement und Fachwissen der beratenden Mitglieder des Arbeitsausschusses Flüchtlinge haben dazu beigetragen, einige Aktionen des Ausländerbeirates durchführbar zu machen.

Jugend und Schule

Der Ausländerbeirat bat die pädagogischen Ämter der Stadt Nürnberg darum, ihm jedes Jahr einen Schulbericht zur Situation der ausländischen Kinder zu erstellen.

Der Bedarf an Kindergarten- und Hortplätzen ist in Nürnberg ein großes Problem und bei weitem nicht gedeckt. Bei der Aufnahme der Kinder erhalten die ausländischen Kinder im Verhältnis zu den deutschen weniger Plätze. Diese Tatsache wollte der Ausländerbeirat nicht hinnehmen.

Die Gründe dafür sollten – so steht es in einem Beschluß – jedoch nicht bei den Eltern, sondern bei den Einrichtungen gesucht werden. Die ausländischen Eltern haben großes Interesse daran, ihre Kinder in die Kindergärten zu schicken. Einerseits arbeiten oft beide Elternteile, andererseits sehen die Eltern die Notwendigkeit ein, die Kinder in den Kindergarten zu schicken, damit sie sehr früh deutsch lernen. Aber die Eltern scheitern an den langen Wartelisten. Ausländische Eltern haben weniger Möglichkeiten, sich gegen die Nichtaufnahme zu wehren.

Der Arbeitsausschuß Jugend und Schule veranstaltete mehrere Treffen mit Kindergartenleitungen der städtischen Kindergärten und der freien Träger sowie mit betroffenen Eltern, um Lösungen für dieses Problem zu suchen.



Ein Entwurf für eine neue Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Nürnberg liegt inzwischen vor. Die alte Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Nürnberg stammt aus dem Jahr 1972, zuletzt geändert durch Satzung vom 10.05.1983.

Diese Satzung mußte aus zahlreichen Gründen neu überarbeitet werden. Insbesondere gab es immer wieder Mißverständnisse, hinsichtlich der Anmeldung der Kinder in den Tagesstätten; viele Eltern glaubten, je eher sie ihr Kind in den Tagesstätten anmelden würden, desto größer wäre die Chance, daß sie einen Platz erhielten. Die Leiterinnen vor Ort mußten unter einem sehr starken Druck seitens der Eltern leiden, da Anmeldungen jederzeit vorgenommen werden konnten, und über die Aufnahme sowohl anhand von vorhandenen Vormerklisten als auch nach sozialen Kriterien entschieden werden mußte.

Die neue Satzung wurde mit den freien Trägern, dem Ausländerbeirat, den örtlichen Elternbeiräten und dem Gesamtelternbeirat abgestimmt, allerdings konnten nicht alle Vorschläge berücksichtigt werden, da sie den Rahmen einer Satzung gesprengt hätten. Mit der Neufassung der Satzung soll insbesondere das Aufnahme- und Anmeldeverfahren neu geregelt werden, um generell für alle Kindertagesstätten einheitlich zu gelten. Die Verbesserung dient auch den Kindern, die nicht die deutsche Muttersprache besitzen.

Im Juni 1992 stellte der Ausländerbeirat in seiner Stellungnahme zu den Schulberichten folgende allgemeine Forderungen:

1. Die Beratung der Eltern und Schüler, z. B. über Schullaufbahn, soll intensiviert werden. Ein kommunaler Beratungsdienst, der mit den verschiedenen Institutionen zusammenarbeitet, wäre einzurichten.
2. Die interkulturelle Lehrerfortbildung soll intensiviert werden.
3. Es sollen Statistiken über die Laufbahnen der ausländischen Schülerinnen und Schüler geführt werden, um Erfolge und Mißerfolge zu messen.
4. Für die Schülerhilfe und für die Hausaufgabenbetreuung sollen Gesamtkonzepte erstellt werden. Die Haushaltsstelle schulischer Sachbedarf soll für Hausaufgabenbetreuung erhöht werden.
5. Für die »Planerstelle für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache« ist eine eigene Haushaltsstelle für Öffentlichkeitsarbeit einzurichten.
6. In allen Schularten sollen Schülercafés als Kommunikationszentren eingerichtet werden, bzw. die bestehenden erhalten bleiben.

Daraufhin folgten mehrere Forderungen in bezug auf Kinderhorte, Grund-, Haupt- und Sonderschulen, Realschulen und Gymnasien und letztlich in bezug auf die berufliche Ausbildung.

Ein Jahr später im Juni 1993, bei seiner Stellungnahme zum Bericht ausländischer Schülerinnen und Schüler in Nürnberg im Schuljahr 92/93, richtete der Ausländerbeirat folgende Forderungen an das Staatliche Schulamt:

1. Multinationale Übergangsklassen (und keine KM-Klassen) sollten sprengelungebunden in Ausnahmefällen in Schulen mit geringem Anteil ausländischer Schüler eingerichtet werden.
2. Das Problem des überhöhten Anteils italienischer Kinder an den Sonderschulen für Lernbehinderte sollte genau analysiert und Lösungswege sollten erarbeitet werden.

Folgende Anträge wurden an die Stadt Nürnberg gerichtet:

1. Der muttersprachliche Ergänzungsunterricht soll auch für kleinere Migranten-Gruppen erteilt werden.
2. Weiterführung des »Nürnberger Modells« an weiterführenden Schulen mit Türkisch als Abiturfach.
3. Erhalt der Bertolt-Brecht-Gesamtschule.
4. Ausweitung des BZ-Lehrgangs zum Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses.
5. Erhöhung der Anrechnungstunden für den Beratungslehrer für ausländische Berufsschüler. Dies wurde inzwischen erfüllt.
6. Schaffung einer halben sozialpädagogischen Stelle für türkische Mädchen an der Berufsschule 5.
7. Maßnahmen schulergänzender, pädagogischer und außerschulischer Betreuung, insbesondere für die Berufs- und Hauptschulen durch:
 - Ausbau der Beratungsdienste
 - Ausbau des Modellversuchs »Hort an der Schule«
 - Ausbau von Schülertreffs/ -cafés
 - Etat für Hausaufgabenhilfen für ausländische Kinder

Daraufhin folgten allgemeine Forderungen für einen besseren Unterricht der ausländischen Kinder bezüglich ausländischer Lehrkräfte, Auswahl des Förderunterrichts, Herabsetzung der Klassenstärken für multikulturelle Übergangsklassen, KM-Klassen und multikulturelle Modellklassen und vieles andere.

Große Bestürzung verursachte 1991 im Arbeitsausschuß Jugend und Schule im Ausländerbeirat der Stellenstop des Oberbürgermeisters. Die langersehnte Planstelle für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache und eine halbe Psychologestelle für türkische Schülerinnen und Schüler wurden auf Eis gelegt. Der Ausländerbeirat forderte die Besetzung der bereits 1990 genehmigten Stellen.

Der Ausländerbeirat konnte einen Erfolg verzeichnen: Nach zähem Ringen trat im Herbst 1992 Frau Dr. Claudia Kupfer-Schreiner – bisher Lehrerin an deutsch-spanischen Klassen an der Ossietzkyschule – ihre neue Stelle im Schulreferat an. Sie ist die neue Planerin für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache. Der Ausländerbeirat konnte erreichen, daß diese Stelle endlich besetzt und von einer drohenden Sperre wieder ausgenommen wurde.

Keinen Erfolg hatte der Ausländerbeirat, als er Herrn Oberbürgermeister Dr. Schönlein bat, im Bayerischen Städtetag bei der Bayerischen Staatsregierung die Initiative zu ergreifen, um das Bayerische Landeserziehungsgeld auch Ausländern aus Nicht-EG-Staaten zu gewähren. Die Initiative des Herrn Oberbürgermeisters hatte keinen Erfolg. Die Bayerische Staatsregierung lehnte dies ab.

Hervorzuheben ist die intensive Zusammenarbeit des Arbeitsausschusses Jugend und Schule mit den beratenden Mitgliedern dieses Ausschusses:

Lehrer, Sozialpädagogen und andere Interessenten sowie Mitarbeiter/innen des Pädagogischen Instituts der Stadt Nürnberg, dem Arbeitskreis Schulischer Erziehung, des Sozialdienstes für Türken der Arbeiterwohlfahrt, mit denen der Ausländerbeirat mehrere Veranstaltungen durchführte, wie z. B. die Veranstaltung »Schulmodelle... und dann?«

Weitere Veranstaltungen mit dem pädagogischen Institut waren:

»Rechtsextremismus und Jugend« und die Veranstaltung »Türkisch am Gymnasium – ein Abiturfach«.

Nur teilweise erfolgreich war die Forderung des Ausländerbeirates nach Bereitstellung von Mitteln für pädagogisches Personal des Jugendclubs im Dianablock. Die Stadtmission betrieb 1979 im Rahmen ihres Stadtteilprojekts im Dianablock einen Jugendclub, den sie aus verschiedenen Gründen zum 31.03.1992 nicht mehr weiterführen konnte. Im Dianablock wohnen über 300 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre, die entsprechend der Bewohnerstruktur zu ca. 90 % aus ausländischen Familien kommen. (2/3 türkische, 1/3 italienische und andere Jugendliche). Notwendig waren Mittel für 2 pädagogische Fachkräfte. Der Stadtrat genehmigte durch Mittelumschichtung Mittel in Höhe von 30.000,- DM.



Da sich die Stadt Nürnberg bemüht, mehr ausländische Jugendliche in Ausbildungsplätze der Stadt zu bekommen, führte der Ausländerbeirat 2 Informationsveranstaltungen über berufliche Ausbildungsmöglichkeiten innerhalb der städtischen Verwaltung und des Klinikums durch. Die erste Veranstaltung war für Spanier und Portugiesen. Mitveranstalter waren der Spanische Koordinierungskreis und die Associação Portuguesa. Referenten waren ein Vertreter des Personalamtes der Stadt Nürnberg und eine Vertreterin der Pflegedienstleitung des Städtischen Klinikums. Am 25.07.93 veranstaltete der Ausländerbeirat eine ähnliche Veranstaltung für türkische Jugendliche in einem Sportverein, die sehr gut besucht wurde.

Am 04.05.94 fand an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg ein Hearing zum Schulversuch »Integration ausländischer Kinder in der Schule« unter dem Motto »Nürnberger Modell – wie soll es weitergehen?« statt. Die Veranstalter waren der Fachbereich »Didaktik des Deutschen als Zweitsprache« der Universität, der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg, der Bayerische Elternverband, der gemeinsame Elternbeirat für Volksschulen der Stadt Nürnberg und das Planungsbüro für interkulturelle Pädagogik beim Schul- und Kulturreferat der Stadt Nürnberg. Der Modellversuch ist jetzt ausgelaufen. Die Erfahrungen der Schüler, Lehrer, Eltern und wissenschaftlicher Begleitung waren Gegenstand dieses Hearings sowie die Frage, welche positiven Erfahrungen in die tägliche Praxis übernommen werden können. Es ging hier um das Fortbestehen dieses Angebots bzw. Modells. Wie man schon weiß, besteht das Modell in einer minimalen, sehr eingeschränkten Form weiter. Die Forderung des Ausländerbeirates an die Bildungspolitiker, daß das Modell nun zur Regel für alle Klassen wird, wurde nicht erfüllt.

Frau Waltraud Rütz,
Trägerin des
Multikulturellen
Preises 1996



Als Erfolg bezeichnet der Ausländerbeirat seinen Einsatz bei der Stadt Nürnberg, das HIPPY-Projekt der Arbeiterwohlfahrt im doppelten Haushaltsjahr 1995/96 in voller finanzieller Höhe zu unterstützen. Das HIPPY-Projekt der Arbeiterwohlfahrt wendet sich vornehmlich an die Einwandererfamilien, von denen aufgrund ihrer sozialen sprachlichen Kompetenzen angenommen wird, daß sie nicht eigenständig in der Lage sein werden, ihre Kinder auf die schulischen Anforderungen vorzubereiten. Sinn dieses Projektes ist die Förderung der Lernfähigkeit der Kinder. Es soll ihnen bessere Chancen bieten, sich auf die schulischen Anforderungen in einer hochtechnisierten Industriegesellschaft vorzubereiten.

Als Mitherausgeber beteiligte sich der Ausländerbeirat an der neu überarbeiteten Broschüre »Mädchen im Beruf« von der Arbeiterwohlfahrt und stellte dafür Mittel in Höhe von 1.000,- DM zur Verfügung.

Einen Druckkostenzuschuß in Höhe von 1.500,- DM übernahm der Ausländerbeirat 1995 für das von Frau Professor Dr. Pommerein-Götze herausgegebene Buch »Kreatives Schreiben im interkulturellen Sprachunterricht«, das im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Nürnberger biculturellen Modellversuchs entstanden war.

Wohnen und Soziales



Eines steht fest: Viele nichtdeutsche Bürger werden ihren Lebensabend in Deutschland verbringen. Bisher gibt es noch zuwenig multikulturelle Seniorenarbeit. Die Sozialplaner sollten sich jedoch rechtzeitig mit dieser Thematik befassen. Deswegen wurde das Sozialreferat der Stadt Nürnberg vom Ausländerbeirat gebeten, eine Fachtagung »Ausländische Senioren« zu organisieren und entsprechende Maßnahmen für die zukünftige Arbeit zu planen.

Anläßlich des europäischen Jahres der älteren Menschen und der Solidaritätsgemeinschaft der Generationen fand unter der Federführung der Hans-Weinberger-Akademie e. V. am 04.11.1993 die Fachtagung »Als Ausländer/Ausländerin alt werden in Deutschland – Erfahrungen und Erwartungen als Grundlage für ein regionales Konzept im Großraum Nürnberg, Fürth, Erlangen« statt. Mitveranstalter waren unter anderem die Sozialreferate der Städte Nürnberg, Fürth und Erlangen und die Ausländerbeiräte.

Der Ausländerbeirat begutachtete Ende 1992 das »Konzept zur gesundheitlichen Situation ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen« und stimmte den Maßnahmevorschlägen zu. Im Einzelnen forderte der Ausländerbeirat eine zeitnahe Verwirklichung der Maßnahmen im stationären Bereich:

Sozialpädagogenstellen, muttersprachliches Fachpersonal, Gewinnung von ausländischen Auszubildenden für den Pflegeberuf, Veröffentlichung von ausländischen Schriften und Einverständniserklärungen in mehreren Sprachen und die Wahl eines ausländischen Patientenvertreters.

Im präventiven Bereich:

1. Schaffung eines Verbundprojektes zur Entwicklung, Erprobung und Realisierung eines präventiven Weiterbildungs- und Gesundheitsförderungskonzeptes für die ausländische Bevölkerung.
2. Einrichtung einer Haushaltsstelle für Übersetzer und Honorartätigkeit.
3. Weiterausbau der sozialpsychiatrischen Dienste, insbesondere für noch nicht berücksichtigte Nationalitäten.
4. Die Gesundheitsvorsorge in den Sammelunterkünften für Flüchtlinge soll verstärkt gewährleistet werden.

Im Februar 1993 beschloß der Ausländerbeirat einstimmig, Herrn OB P. Schönlein zu bitten, die Wahl eines weiteren Patientenvertreters im städtischen Klinikum umgehend zu veranlassen. Dieser Patientenvertreter sollte zwar ausländischer Herkunft, jedoch – so wie andere Vertreter auch – für alle Patienten zuständig sein.

Der Satzungsentwurf zur Änderung der Patientenvertreter – Entschädigungssatzung – wurde vom Gesundheitsausschuß begutachtet. Im Art. 2 der Satzung hieß es, z. B.: »...die Patientenvertreter bestellt der Stadtrat für jeweils 3 Jahre. Ein Patientenvertreter soll ausländischer Mitbürger sein; seine Bestellung erfolgt mit Einvernehmen mit dem Ausländerbeirat.« Der Stadtrat – auf Vorschlag des Ausländerbeirates – ernannte dann als Patientenvertreter ausländischer Herkunft Herrn Charalambos Markos Dintsios.

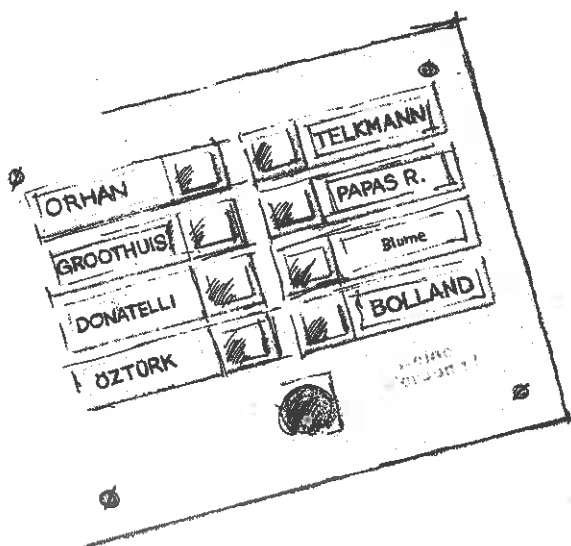
Im April 1993 bat der Ausländerbeirat in einem einstimmigen Beschluß die Verwaltung, in der nächsten Sitzung der Kommission für Ausländerfragen eine Stellungnahme zu sämtlichen auslaufenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Ausländerbereich vorzulegen. Der Ausländerbeirat wünschte insbesondere eine Fortsetzung der folgenden Projekte:

- Sozialberatung für ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen in Gostenhof Ost (Evangelische Familienbildungsstätte)
- Kontakt und Informationsstelle für Frauen aus Asien, Afrika und Lateinamerika (KOFIZA) bei der katholischen Mädchensozialarbeit
- Jugendarbeit im Dianablock (Jugendclub Diana)
- Schülerhilfen der Arbeiterwohlfahrt

»Heimat in der Fremde. Ältere Ausländer in Deutschland und der Europäischen Union«, war der Name einer Fachtagung der Evangelischen Akademie Tutzing in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie und Senioren vom 17. – 19.10.1994 in Tutzing. Über 100 Teilnehmer aus verschiedenen Ländern, darunter drei Mitglieder des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg, diskutierten 3 Tage lang über ein Thema, welches in den nächsten Jahren zunehmend ein Problem sein wird.

Hier einige Stichpunkte vom Themenkreis für die deutsche Gesellschaft:

Viele ältere Ausländer, die in der verarbeitenden Industrie beschäftigt waren, wo sie schwere körperliche und gesundheitsschädigende Arbeiten zu verrichten hatten, leiden an den Folgen dieser Tätigkeit. Sie sind auf das gut funktionierende Gesundheitssystem in Deutschland angewiesen. Es ist fraglich, ob ihnen in ihrer Heimat die gesundheitliche Versorgung gesichert wäre. Die durchschnittliche monatliche Rente der ehemaligen »Gastarbeiter« beträgt etwa 870,- DM. Grund: Sie haben nicht lange genug in die deutsche Rentenversicherung eingezahlt, und in ihrer Heimat waren sie in der Zeit, bevor sie nach Deutschland kamen, nicht rentenversichert. Noch sind die Ausländer in Deutschland im Durchschnitt jünger als die Deutschen. Einer Modellrechnung des Bundesinnenministeriums nach wird in den nächsten Jahren der Anteil der über 65 jährigen unter den Ausländern stetig zunehmen. 1990 waren 304.000 von ihnen 65 Jahre oder älter. Im Jahre 2000 werden es schon 663.000 sein, und bis zum Jahre 2010 wird ihre Zahl auf 1.132.000 steigen. Die Gesellschaft, vor allem die Einrichtungen der Wohlfahrtspflege sind nicht darauf vorbereitet, diesen Menschen ein würdiges und aktives Leben zu gewährleisten.



Im Mai 1994 wurde das Personalamt der Stadt Nürnberg gebeten, ein Programm zu entwickeln, damit in den nächsten Jahren verstärkt Ausländerinnen und Ausländer bei der Stadtverwaltung angestellt bzw. in Ausbildung aufgenommen werden könnten.

In der Sitzung der Kommission für Ausländerfragen im Juli 1994 wurde ein Bericht vom Personalamt vorgelegt, der vom Ausländerbeirat als unzureichend betrachtet wurde. Außerdem hatten sich einige ausländische Personen an den Ausländerbeirat gewandt, die den Verdacht hatten, daß ihre Bewerbungen ohne genügende Begründung vom Personalamt abgelehnt worden seien.

Nach einem Stadtratsbeschluß des Jahres 1984 sollten öffentliche Stellenausschreibungen mit dem Zusatz »geeignet auch für Ausländer« versehen werden. Die vom Personalamt angesprochenen Werbemaßnahmen sind nach Meinung des Ausländerbeirates immer noch unzureichend. Auch die Tatsache, daß überwiegend Ausländer im Arbeiterbereich beschäftigt werden und nicht in der Verwaltung, ist nicht gerade zufriedenstellend. Hier liegt weiterhin der Verdacht nahe, es sei noch gängige Praxis, bei Bewerbern gleicher Qualifikation, Deutsche zu bevorzugen. Aufgrund all dieser Indizien sei der Vorwurf einer Benachteiligung der ausländischen Bewerber bei der Stadtverwaltung nicht ganz von der Hand zu weisen. Verstärkte Bemühungen, Ausländerinnen und Ausländer einzustellen, seien lediglich vom Amt für Kultur und Freizeit und vom Jugendamt bekannt.

Religionsangelegenheiten

Dieser Arbeitsausschuß beschäftigte sich in dieser Amtsperiode vor allem mit dem islamischen Religionsunterricht an den Schulen, der Ausbildung der Religionslehrer und mit der Reform des islamischen Religionsunterrichtes in Bayern. Er befaßte sich mit dem Problem der Diskriminierung der Moslems in der Bundesrepublik und damit, wie eine Gleichbehandlung der Konfessionen erreicht werden könne.

Weiterhin beschäftigte sich der Ausschuß z. B. mit dem Schlachten von Tieren nach dem islamischen Ritus (Schächten). Die Mitglieder erwarteten, daß die in Berlin genehmigte Methode des Betäubens der Tiere mit Elektroschocks auch in Nürnberg erlaubt werde. Diese an die Stadt Nürnberg gestellte Forderung wurde nur zum Teil – aber nicht befriedigend – erfüllt.

Zur Vertiefung der Problematik referierte der Rechtsreferent der Stadt Nürnberg Dr. Frommer im Arbeitsausschuß über das Thema: »Die nichtchristlichen Religionen in der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland«. Das Referat wurde von den zahlreichen Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Professor Dr. Abdul Jevad Falatori, Leiter der islamischen Wissenschaftsakademie in Köln, und Professor Dr. Lähmann waren 1992 als Experten Gäste des Ausländerbeirates bei einer Veranstaltung zu Fragen des islamischen Unterrichtes und der theologischen Ausbildung der islamischen Religionslehrer.

Frauen

Die Frauen sind leider im Ausländerbeirat unterrepräsentiert. Von 33 Mitgliedern gab es nur 4 Frauen, jetzt sind es nur noch 3 Frauen. Aus diesem Grund ist die Arbeit im Arbeitsausschuß Frauen sehr schwierig gewesen. Trotzdem beschäftigte sich der Ausschuß mit der besonderen Benachteiligung ausländischer Frauen. Die ausländische Frau wird in unserer Gesellschaft oft dreifach diskriminiert. Als Frau, als Arbeitnehmerin und als Ausländerin. Als Ausländerin hat sie oft noch keinen selbständigen Aufenthaltsstatus. Meist muß sie in einem Ghetto ihren Alltag fristen und in der Isolierung leben. Eine Pressekonzferenz für eigenständiges Aufenthaltsrecht fand 1992 statt. Obwohl der Ausländerbeirat sich zusammen mit den Initiativen, fortschrittlichen Gruppen und Parteien gegen die Diskriminierung der ausländischen Frauen, für die Lösung der Probleme binationaler Ehen und Partnerschaften und für die beruflichen Perspektiven eingesetzt hat, kann man sagen, daß diese Problematik weder in der Gesellschaft noch im Ausländerbeirat genug Aufmerksamkeit erregt.

Der Stadtrat wurde vom Ausländerbeirat aufgefordert, das Anliegen der Arbeiterwohlfahrt zur Einrichtung einer Wohngemeinschaft für türkische Mädchen zu unterstützen und die notwendigen einmaligen finanziellen Mittel für die Erstaussstattung in den ersten Monaten bereitzustellen. Diese Wohngemeinschaft konnte inzwischen eingerichtet werden.



Im Februar 1993 fand eine heftige Debatte im Ausländerbeirat über die Zusammenarbeit des Ausländerbeirates mit anderen Gruppierungen statt. Es ging darum, ob bestimmte Tendenzen von Gruppierungen kompatibel mit der Arbeit des Ausländerbeirates seien. Dabei beschloß der Ausländerbeirat, daß er grundsätzlich mit allen Vereinen, Initiativen, Einrichtungen, gesellschaftlichen und politischen Organisationen zusammenarbeiten solle, die die gleichen Ziele wie der Ausländerbeirat verfolgen. Allerdings werde der Ausländerbeirat bei dieser Zusammenarbeit stets darauf achten, daß die Ziele mit demokratischen Mitteln verfolgt und Schaden vom Ansehen des Beirates ferngehalten werden.

Die Zeiten nach der deutschen Vereinigung waren durch zunehmenden Rassismus und Gewalttätigkeit gegen Ausländer gekennzeichnet. Deshalb sah der Beirat die Notwendigkeit, demokratische und antirassistische Kräfte zu bündeln. Aus diesem Grund fällte der Ausländerbeirat am 02.02.93 folgenden Beschluß:

»Der Ausländerbeirat wird sich bemühen – in enger Zusammenarbeit mit dem DGB –, sämtliche interessierte Personen aus den ausländischen Vereinen, den multikulturellen Initiativen, den Parteien und verschiedenen Organisationen an einen »Bunten Tisch« zusammenzubringen, um die antirassistische Arbeit in Nürnberg zukünftig abzusprechen und zu koordinieren«.

Wie man allgemein weiß, waren die Räumlichkeiten bei der Ausländerbehörde beim Einwohnermelde- und Paßamt nicht gerade publikumsfreundlich. Aus diesem Grund hatte sich der Ausländerbeirat dafür eingesetzt, daß die Räumlichkeiten beim Einwohnermelde- und Paßamt erweitert werden, und zwar im geplanten Verwaltungsgebäude in der Hirschelgasse, damit die gleichen Bedingungen wie für die deutschen Besucher geschaffen werden. Im Einzelnen hatte der Ausländerbeirat die Erweiterung der Wartzone, die Abwicklung des Parteiverkehrs auf eine Etage, zusätzlich Informationsschalter, ein neues Aufrufsystem und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter verlangt. Die neuen und erweiterten Räumlichkeiten in der Hirschelgasse wurden schließlich für den Parteiverkehr am 22.04.1996 eröffnet.

Bereits in den 70er Jahren gab es Ansätze für die Bildung einer landesweiten Vertretung der Ausländerbeiräte. Nach vielen Diskussionen und Versuchen wurde sie am 24. April 1993 Wirklichkeit. Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden der Stadt Nürnberg, Herrn Papassavas, wurde die AGABY, Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Bayern, gegründet und einstimmig eine Satzungsvorlage verabschiedet.

Mittlerweile sind 19 Ausländerbeiräte Bayerns der AGABY beigetreten. Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) ist leider von der Bayerischen Staatsregierung noch nicht anerkannt worden. Jedoch gibt es eine gute Beziehung und Zusammenarbeit mit einzelnen bayerischen Ministerien. Am 14. Oktober 1995 wurde in der Vollversammlung der AGABY Frau Saskia Soeria Santoso, Mitglied des Ausländerbeirates Nürnberg, zur Vorsitzenden der AGABY gewählt.

Das Amt eines Mitgliedes des Ausländerbeirates ist eine ehrenamtliche Tätigkeit. Sie sind alle berufstätig. All dies führt zu einem mangelnden Engagement vieler Mitglieder, und die Hauptarbeit ruht auf wenigen Schultern.

Trotzdem ist die Arbeit des Ausländerbeirates als positiv zu bewerten.

Der Stadtrat beschloß am 17.07.96 die Verlängerung der Amtsperiode des Ausländerbeirates bis zum 10.03.1997.

Am 09.10.1996 beschloß der Nürnberger Stadtrat eine neue Wahlordnung und Satzung für die Neuwahl des Ausländerbeirates. Der Stadtrat ist mit diesem Beschluß dem Vorschlag des Beirates nicht gefolgt, sondern entschied folgendes:

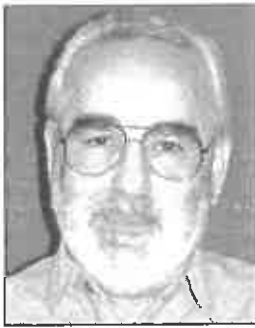
1. Der Ausländerbeirat wird in Zukunft aus 20 Personen bestehen.
(14 Nicht-EU-Bürger und 6 EU-Bürger)
2. Die 6 Vertreter der EU-Bürger werden zukünftig nicht durch eine Urwahl bestimmt, sondern vom Stadtrat ernannt. (Vorschlagsrecht haben die gesellschaftlichen Gruppierungen der jeweiligen Nationalitäten).
3. Eine Wahl findet nur für die Nicht-EU-Bürger statt, die Wahl wird nach Nationalitäten getrennt durchgeführt. Festgelegte Sitze stehen den folgenden Nationalitäten/Gruppen zu:

Türkei	6 Sitze
Jugoslawien	2 Sitze
Bosnien-Herzegowina	1 Sitz
Kroatien	1 Sitz
Polen	1 Sitz
Gruppe der sonstigen Nationalitäten und Staatenlose	3 Sitze

Die Neuwahl des Ausländerbeirates findet am 23. Februar 1997 statt.

Der Ausländerbeirat kritisierte diese Entscheidung des Stadtrates auf das Schärfste. Der Ausländerbeirat werde gespalten zwischen ernannten EU-Bürgern und gewählten Nicht-EU-Bürger. Die Wahl erfolge nicht mehr nach internationalen Listen, sondern wie in den 70er Jahren nach Nationalitätenlisten. Die Anzahl der Mitglieder des Beirates werde auf 20 reduziert, früher waren es 33 Beiräte. So ein Beirat sei kaum funktionsfähig.

Grüne Liste International



Cabrera, Juan
Tiefdruckkätzer, spanisch



Charisis, Constantin
Geschäftsführer, griechisch



Santoso, Saskia Soeria
pers. Referentin, niederländisch



Tao, Maria
Sachbearbeiterin, portugiesisch



Mehmet Yigit
Taxiunternehmer, türkisch

Nürnberger Liste Internationale



González, Diáz, José
Schlosser, spanisch



Volante, Loreto
Arbeiter, italienisch



Mitaris, Eleftherios
Arbeiter, griechisch



Pagel, İnefiye
Erzieherin, türkisch

HAK (Gerechtigkeit)



Turan, Cahit
Dolmetscher/Übersetzer, türkisch



Köksöy, Tekitdin
Betriebselektriker, türkisch



Akçara, Yücel
Geschäftsführer, türkisch



Üzdemir, Hamazan
Techniker, türkisch



Atesoğlu, Comalettin
Schweißer, türkisch



Doğan, Emin
Elektronik-Anlagenführer, türkisch



Kulaksız, Recep
Arbeiter, türkisch





Papassavas, Petros
Diplomingenieur, griechisch



Oikonomou, Stergios
Angestellter, griechisch



Agathagelidis, Theodoros
Lehrer, griechisch



Christou, Evangelos
Techniker, griechisch



Bencihara, Mehmet Ali
kaufm. Angestellter, türkisch



Can, Ali
Industriemechaniker, türkisch



Citlak Esin
Arbeiterin, türkisch



Akgün, Süleyman
Lagerarbeiter, türkisch



Rascon Perez, Luis
Rentner, spanisch



Petrovic, Radovan
Schlosser, jugoslawisch



Szulc, Zbigniew
Fotohändler, polnisch



Rabe, Maria
Angestellte, spanisch



Di Santo Mario
Arbeiter, italienisch

Unabhängige Liste



Yilmaz, Metin
Bankangestellter, türkisch



Citmen, Mehmet
Arbeiter, türkisch



Gülgönül, Hidayet
Angestellter, türkisch



Stellungnahme der Fraktionen des Ausländerbeirates

zur Amtsperiode
des Ausländerbeirates
von 1990 – 1996

Grüne Liste International
Juan Cabrera

SPD-International
Petros Papassavas

Nürnberger Liste Internationale
José Gonzalez Diaz

HAK
Cahit Turan

Unabhängige Liste
Metin Yılmaz

Was ist Ihr persönlicher Eindruck von der geleisteten Arbeit des Ausländerbeirates – Amtsperiode 1990 – 1996

Juan Cabrera: Der Ausländerbeirat wurde 1973 ins Leben gerufen. Damals war der Ausländerbeirat hauptsächlich mehr mit sozialen Fragen beschäftigt als heute. Der Ausländerbeirat hat sich im Laufe der Jahre zunehmend politisiert. Diese Politisierung war teilweise abgeschlossen mit der Satzungs- und Wahlordnungsänderung von 1990, die die Internationalisierung der Listen sowie die Möglichkeit der Beteiligung von politischen Parteien vorsah. Mit diesen internationalen Listen hat der Ausländerbeirat in der Amtsperiode 1990 – 1996 hauptsächlich politische Arbeit geleistet, und dies hat sich bezahlt gemacht. Dadurch ist eine stärkere Sensibilisierung der Beiräte untereinander festzustellen. Auch wenn es Leute gibt, die nicht so denken, war die Möglichkeit der Beteiligung von verschiedenen Nationalitäten innerhalb einer Liste ein Erfolg. In diesen 6 Jahren ist es wichtig, unter vielem anderen, die gute Arbeit des Ausländerbeirates gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit – hauptsächlich 1992/93 – hervorzuheben. In diesen Jahren entfaltete der Ausländerbeirat zusammen mit anderen Organisationen mehrere Kundgebungen, Demonstrationen und ähnliches.

Darüberhinaus hat der Ausländerbeirat zusammen mit dem DGB den »Bunten Tisch« gegründet, ein Treffen von 50 – 60 verschiedenen Vereinen und Organisationen, die regelmäßig zusammenkommen, um Wege und Lösungen in der Ausländerthematik zu finden. Es gibt auch den »Runden Tisch«, an dem Politiker, Polizei, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände teilnehmen. Das ist eine ganze Reihe von Aktivitäten, die hauptsächlich der Ausländerbeirat initiiert hat. Und das ist eine sehr gute politische Arbeit.




Bei der Kommunalwahl 1996 gab es einen Schwerpunkt. An dem hat der Ausländerbeirat viel Arbeit investiert, um Informationen für die EU-Bürger über die Wahlen auszuarbeiten. Dabei haben wir ständig das Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger gefordert. Dazu kamen Informationen über den Wahlmodus und über die Formalitäten der Eintragung für die EU-Bürger. Zuallerletzt haben wir uns sehr angestrengt, viel Informationen für den nächsten Ausländerbeirat herauszuarbeiten.

Petros Papassavas: Der Ausländerbeirat hat in der Amtsperiode 1990 – 1996 mögliche Strategien und Wege aufgezeigt, wie die ausländischen Mitbürger politisch, ökonomisch und kulturell in der Gemeinde, in der sie seit Jahrzehnten leben, partizipieren können.

José Luís González: Der Ausländerbeirat hat gute Arbeit geleistet. Obwohl er viele Möglichkeiten hat, hat er leider nicht das erreicht, was wir uns vorgestellt haben. Der Ausländerbeirat war das Interessenvertretungsorgan der Ausländer gegenüber der Verwaltung und des Stadtrates.

Cahit Turan: Diese Amtsperiode ist die beste seit der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg besteht.

Metin Yilmaz: Der Ausländerbeirat hat sich bemüht, sich zur Zufriedenheit der hier lebenden Ausländer voll einzusetzen.

 *Welche Hauptschwierigkeiten hat der Ausländerbeirat bei seiner Arbeit gehabt?*

Juan Cabrera: Ich verstehe diese Frage erstens intern, das heißt, mit welchen Schwierigkeiten hatte der Ausländerbeirat intern zu kämpfen. In erster Linie ist es sicher eine mangelnde Beteiligung der Beiratsmitglieder an den verschiedenen Arbeitsausschüssen. Für diese mangelnde Beteiligung muß man aber Verständnis haben; die Arbeit im Beirat ist ehrenamtlich, die Beiräte sind berufstätig, viele haben Schichtarbeit. Dazu kommt, daß viele eine Familie haben. Es ist ja nicht die mangelnde Freizeit allein ausschlaggebend, sondern die große Belastung einer solchen Arbeit.

Zweitens ist manchmal die Mobilisierung der Basis von Leuten aus Vereinen und Institutionen, die mit dem Ausländerbeirat zusammenarbeiten, sehr schwierig gewesen. Kontaktmöglichkeiten mit den Vereinen gibt es nur am Wochenende und der Ausländerbeirat müßte stets in Kontakt mit dieser Basis stehen, was uns nicht ganz gelungen ist. Trotzdem, dank der zunehmenden Politisierung des Ausländerbeirates ist er zu einer echten Vertretung von Interessen der nichtdeutschen Bevölkerung geworden.

Petros Papassavas: Der Ausländerbeirat befindet sich in einer Zwitterfunktion. Er funktioniert einerseits als beratendes Gremium ohne Machtbefugnisse, andererseits als politische Vertretung bzw. Interessenvertretung der hier lebenden Ausländer mit politischer Macht (Wähler), allerdings ohne große finanzielle Möglichkeiten. Diese Tatsachen erschweren die Arbeit des Ausländerbeirates in erheblichem Maße.

José Luís González: Der Ausländerbeirat hat zuwenig Kompetenzen. Er kann Wünsche bzw. seinen Willen zum Ausdruck bringen. Aber entscheiden tun andere, nämlich der Stadtrat.

Cahit Turan: Im Grunde hat der Ausländerbeirat keine Schwierigkeiten bei seiner Arbeit gehabt. Es gab immer wieder die Probleme bei der Schaffung der Mehrheitsverhältnisse in den Sitzungen des Ausländerbeirates, welche jedoch intern geregelt werden konnten.

Metin Yilmaz: Es gab Schwierigkeiten bei der Durchsetzung im Stadtrat.

Was denken Sie über die zunehmende Politisierung des Ausländerbeirates in den letzten Jahren?

Juan Cabrera: Wie ich bereits gesagt habe, ist mit der Änderung der Satzung und Wahlordnung im Jahr 1990 eine stärkere Politisierung des Ausländerbeirates gelungen. Diese Politisierung aber stößt jetzt an Grenzen, die durch die Bayerische Gemeindeordnung, die Geschäftsordnung des Stadtrates und die Satzung des Ausländerbeirates gesetzt werden. Wir haben kaum noch Spielraum. Im Laufe dieser Amtsperiode haben wir noch klarer festgestellt, daß nicht einmal der beste Beirat das aktive und passive Wahlrecht für Nichtdeutsche ersetzen kann. Deswegen appellieren wir an die politischen Verantwortlichen noch einmal, daß das aktive und passive Wahlrecht für alle, nicht nur für die EU-Bürger, unentbehrlich ist. Der Ausländerbeirat als kommunales beratendes Gremium hat auch sehr geringe Möglichkeiten zu handeln. Die Beschlüsse des Ausländerbeirates sind für den Stadtrat nicht zwingend, sie sind eine Art von Empfehlungen, denen der Stadtrat manchmal nicht folgt. Die Entscheidungsgewalt liegt beim Stadtrat. Aus diesen Gründen stößt die erwähnte Politisierung des Ausländerbeirates sehr schnell auf Grenzen.

Petros Papassavas: Ich glaube, daß die zunehmende Politisierung des Ausländerbeirates zu einer echten Vertretung von Interessen der nichtdeutschen Bevölkerung durch den Ausländerbeirat führt. Das ist durchaus positiv, da in vielen Gemeinden ca. 10 – 15 % der Einwohner nichtdeutscher Herkunft sind, und sie sonst außer dem Ausländerbeirat keine legitimierte politische Vertretung in der Gemeinde haben.



Sitzung des
Ausländerbeirates
November 1996

José Luís González: Die zunehmende Politisierung des Ausländerbeirates war längst fällig, um die Bevormundung von Politikern und Betreuungsorganisation teilweise zu überwinden, andererseits um die Probleme der Ausländer in den richtigen Rahmen zu stellen. Im Gegensatz zu anderen Ausländerbeiräten in der Bundesrepublik war dies für den Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg ein großer Schritt nach vorne. Es bedeutete eine Überwindung der Nationalitätenlisten. Der Ausländerbeirat hat sich nicht nur auf kommunale Fragen beschränkt, sondern hat auch zu der Ausländerpolitik von Bund und Land Stellung genommen. Schließlich werden die restriktiven Ausländergesetze nicht in der Kommune verabschiedet. Der Beschluß des Stadtrates vom 09.10.96 über die neue Satzung und Wahlordnung bedeutet einen Rückschritt um Jahrzehnte.

Cahit Turan: Der Ausländerbeirat in Nürnberg und die Ausländerbeiräte in Deutschland sind Bestandteil des täglichen politischen Lebens. Der Ausländerbeirat darf nicht gespalten werden. Er muß stets wachsam sein und seine demokratische Arbeit neben dem Stadtrat und in den politischen Parteien fortsetzen.

Metin Yilmaz: Sie kann nur von Vorteil sein.

Wie finden Sie die Rolle der politischen Parteien in bezug auf den Ausländerbeirat? Haben sich die Erwartungen erfüllt?

Juan Cabrera: Die neue Wahlordnung von 1990 sah die Möglichkeit vor, daß ein Wahlvorschlag Mitglieder von mehreren Nationalitäten enthalten konnte. Die politischen Parteien wurden auch aufgerufen, internationale Listen einzureichen, was einige auch taten. Über die Rolle der politischen Parteien während dieser Amtsperiode des Ausländerbeirates zu urteilen, ist nicht einfach. Man kann nicht so beurteilen, inwieweit die Parteien es mit dem Aufstellen von internationalen Listen für die Wahl des Ausländerbeirates sehr ernst meinten. Gefragt war die politische Erfahrung der Parteien, die sie dann – so dachte man – auf ihre Beiratskandidaten übertragen sollten. Umgekehrt sollten sich dann die Forderungen der ausländischen Listenkandidaten auf ihre Parteien auswirken. Es sollte dadurch eine gegenseitige Sensibilisierung entstehen. Diese Entwicklung ist sehr positiv gewesen, die Parteien haben auch davon profitiert. Die großen Erwartungen, die man in die Rolle der Parteien setzte, haben sich nicht ganz erfüllt. Dies ist ein sehr langer Reifungsprozeß. Es geht jetzt darum, die in den letzten 6 Jahren angefangene Arbeit weiter zu pflegen und zu vertiefen, wobei die Parteien gegenüber ihren ausländischen Mitgliedern mehr tun sollten.

Umgekehrt gilt es andererseits, daß die ausländischen Bürgerinnen und Bürger sich mehr in den deutschen Parteien engagieren müßten als bisher, und demgegenüber die letzteren viel mehr für deren Integration in ihre jeweilige Partei leisten sollten. Von dieser ganzen Entwicklung profitieren wir alle gegenseitig, sowohl die Ausländer als auch die Deutschen.

Petros Papassavas: Leider haben sich meine (unsere) Erwartungen nicht erfüllt. Ich habe eine engere Zusammenarbeit bzw. Bindung der Ausländerbeiratsfraktionen mit den entsprechenden Stadtratsfraktionen erwartet, insbesondere gemeinsame Sitzungen und die Entwicklung von gemeinsamen Strategien für die Bewältigung der vorhandenen Probleme vermißt.

José Luís González: Ich denke und empfinde, die deutschen politischen Parteien haben uns nicht ganz ernst genommen. Nach 35 Jahren in diesem Land betrachten sie uns noch als eine Art Besucher. Wir haben gehofft, daß bestimmte politische Parteien sich für unsere Anliegen stärker interessiert hätten, und für uns durch entschlosseneren, klarere Entscheidungen und Richtlinien den Prozeß der vollen Anerkennung als Wahlbürger dieses Landes eingeleitet hätten. Manche Politiker sind Weltmeister in Eiertanz und Seiltänzerei.

Cahit Turan: In der gegenwärtigen Periode (1990/1996) war sie gut. Der Ausländerbeirat konnte sich selbst behaupten, weil er demokratisch parteipolitische Gestalt angenommen hatte, was man für die Zukunft nicht mehr behaupten kann. Die in Deutschland zugelassenen Parteien hätten sich mehr um die Belange des Ausländerbeirates kümmern müssen.

Die Erwartungen der Parteiarbeit haben sich nur bedingt erfüllt. In der Zukunft wird es für den Ausländerbeirat schlechter werden.

Metin Yilmaz: Jede einzelne Partei hat ihre eigenen Ansichten. Leider haben sich die Erwartungen nur teilweise erfüllt.

Wie finden Sie den Beschluß des Stadtrates vom 09. Oktober 1996. Änderung der Satzung und Wahlordnung, Ernennung von Unionsbürgern, Wahl nach Nationalitäten, Reduzierung der Zahl der Beiratsmitglieder auf 20?

Juan Cabrera: Es ist klar, aus dem, was ich vorher gesagt habe, daß die gewünschte zunehmende Politisierung des Ausländerbeirates erst mit der Wahlordnung von 1990 möglich wurde: Internationalisierung der Listen und Teilnahme von politischen Parteien an den Wahlen. Der Beschluß des Stadtrates vom 09. Oktober 1996 ist eine Ohrfeige als Belohnung für die geleistete politische Arbeit des Ausländerbeirates. Diese Arbeit wird mit diesem Beschluß zunichte gemacht, und der Beirat wird in die Lage der 70er Jahre zurückgeworfen.

Dazu kommt noch, daß der Stadtrat mit diesem Beschluß die Gedanken und den Wunsch von vielen ausländischen Vereinen die in mehreren Seminaren zum Ausdruck kamen, völlig ignoriert hat: nämlich die Beibehaltung der alten Satzung und Wahlordnung. Eine Mehrheit im Stadtrat hat eine Entscheidung über den Kopf des Ausländerbeirates hinweg getroffen, der bei mehreren Gelegenheiten intensiv dafür plädiert hatte, die alte Satzung und Wahlordnung beizubehalten. Dazu kommt, daß der Beschluß des Stadtrates vom 09.10.1996 über die Neuwahl des Ausländerbeirates leider hauptsächlich auf der Vorarbeit eines Teils der Stadtverwaltung basiert. Damit ist der Tod des Ausländerbeirates vorprogrammiert.

Petros Papassavas: Wir sind gegen Nationalvertretungen. Wir bedauern und können nicht akzeptieren, daß die EU-Bürger im Beirat keine demokratische Legitimation haben. Damit sind sie Ausländerbeiratsmitglieder zweiter Klasse. Der Zusammenschluß von unterschiedlichen Nationen gleicher politischer Richtung ist nicht mehr möglich in gemeinsamen Listen.



José Luís González: Der Beschluß einer Mehrheit des Stadtrates ist zynisch und verhängnisvoll für die Zukunft. Aber durch diesen Beschluß haben die Politiker dieser Mehrheit gezeigt, daß sie es nicht für notwendig halten, bei Entscheidungen über Ausländer vorher die Betroffenen zu fragen und dabei ihre Gründe ernsthaft zu prüfen. Darüber hinaus wurde auch der öffentliche Wille einer beträchtlichen Zahl der ausländischen Vereine in Nürnberg absolut nicht beachtet. Hier hat sich die doppelte Moral und Scheinheiligkeit vieler Stadträte gegenüber Ausländern exemplarisch gezeigt. Keine gute Reklame für Nürnberg, eine Stadt, die Pionier und führend gewesen ist, und den Einwanderinnen und Einwanderern möglichst viel Mitspracherecht in der Kommune gegeben hatte. Es grenzt an einer Schande. Die neu beschlossene Wahlordnung betrachtet wieder die Einwandererinnen und Einwanderer als intern homogene ethnische Gruppen und Nationen, die sich hauptsächlich für die eigenen Interessen einsetzen.

Cahit Turan: Wir finden den Beschluß nicht gut. Die gegenwärtige Fraktionenregelung hätte fortbestehen müssen. Die neue Regelung spaltet die Ausländer in unterschiedliche Klassen. Die Ausländer sind Ausländer, ob EU-Bürger oder nicht.

Metin Yilmaz: Das war ein Fehlbeschluß des Stadtrates. Ohne die Unionsbürger ist der Ausländerbeirat nicht voll funktionsfähig.

**Ausländerwoche 1996
Veranstaltung
»Zukunft der Ausländerpolitik in Nürnberg«
Klaus-Peter Murawski,
Max Höffkes,
Michael Popp,
Sonja Diedler
(von links nach rechts)**



**Ausländerwoche 1996
Veranstaltung
»Deutscher Paß für
ausländische Kinder«
Petros Papassavas,
Peter Akmaier,
Jonas Lanig,
Dr. Gerhard Friedrich
(von links nach rechts)**

Fühlen Sie sich vom Stadtrat ernst genommen?

Juan Cabrera: Als Mitglied des Ausländerbeirates wenig. In dem erwähnten Beschluß des Stadtrates steckt eine gewisse unbegründete Angst, daß die Ausländer sich zu stark verselbständigen und einen zu großen Einfluß haben könnten. Um dem entgegenzuwirken, führt man sie zu dem Zeitpunkt zurück, wo sie angefangen hatten. Der Ausländerbeirat fungiert dann wieder als Feigenblatt der Stadt Nürnberg. Dann haben wir einen Ausländerbeirat, der brav nur schöne Sachen äußert, die ins Konzept der politischen Mehrheit passen. Was dies betrifft, fühlen wir uns vom Stadtrat nicht ernst genommen. Ein guter Ausländerbeirat muß manchmal auch unbequem sein. Mit diesem letzten Beschluß des Stadtrates fühle ich mich als Mitglied des Beirates weder von ihm noch von der Stadtverwaltung ernst genommen.

Petros Papassavas: Auf jeden Fall kann ich behaupten, daß die Institutionen, Verbände und Behörden außerhalb des Stadtrates den Beirat ernster als legitimierte Vertreter der Ausländer und als kompetente Gesprächspartner akzeptiert haben.

José Luís González: Im Gegenteil, ich fühle mich vom Stadtrat ausgelacht. Wir haben mehrmals Seminare über dieses Thema: »Zukunft des Ausländerbeirates« mit der Teilnahme von Stadtratsmitgliedern durchgeführt. Die Einstellung von den großen im Stadtrat vertretenen Parteien mit Ausnahme der Grünen war immer schwammig und undurchsichtig. Die wollten aber wieder die Nationalitätenwahl und zuletzt, daß die EU-Bürger für den Beirat weder wählen noch gewählt werden dürften.

Cahit Turan: Ja. Der Ausländerbeirat hat sich in den zwei Jahrzehnten aus seiner Arbeit herauskristallisiert und sein Dasein bewiesen.

Metin Yilmaz: Nicht immer.

Mitglieder des
geschäftsführenden
Ausschusses im
Gespräch mit
Oberbürgermeister
Ludwig Scholz:
Ali Bencibara,
Metin Yilmaz,
OB Ludwig Scholz,
Dr. Hartmut Frommer,
Petros Papassavas,
Costas Charissis
(von links nach rechts)



Beiratsmitglieder in der Zeit
vom 06.05.90 bis 31.12.96

Grüne Liste International

Cabrera
Sendag, bis Okt. 96, Nachfolger Mehmet Yigit
Cetin bis 92, Nachfolgerin Santoso
Celikkol bis April 95, Nachfolgerin Tao
Charissis

SPD-International

Papassavas
Oikonomou
Agathagelidis
Christou
Celmbessis bis März 96, Nachfolger Di Santo
Bencibara
Muskofidou bis Mai 91, Nachfolger
Ahmedin bis April 95, Nachfolgerin Rabe
Can
Citlak
Akgün
Rascon
Petrovic
Cieselski bis Mai 92, Nachfolger Sculz

Nürnberger Liste Internationale

Gonzalez
Volante
Mitaris
Arona bis Nov. 95, Nachfolgerin Pagel
Edinger (Überhangsmandat) bis Sep. 91

HAK (Gerechtigkeit)

Turan
Köksoy
Akcar
Özdemir
Atesoglu
Dogan
Ipek, bis Nov. 91,
Habiboglu bis Feb. 95, Nachfolger Kulaksiz

»Unabhängige Liste«

Öktem bis Feb. 95, Nachfolger Bilginer
Yilmaz
Önder bis Okt. 92, von Okt. 92 bis Jan. 93 Kök
von Jan. 93 bis Jan. 95 Yamen,
Nachfolger Citmen
Altiparmakoglu bis April.95, von Juni 95 bis
März 96 Isik, Nachfolger Gülgönül

Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates (BgA/3)

Friedrich Popp, Geschäftsführer seit 87
José Llorens, Pädagogischer Mitarbeiter
für Öffentlichkeitsarbeit seit 89
Brigitte Weber, Verwaltungsangestellte seit 92
Maria Tao, Verwaltungsangestellte 91 – 94
Sidika Arslan, Verwaltungsangestellte 94 – 96
Jelena Belopolskaja, Mitarbeiterin seit 95



Mitglieder des
Ausländerbeirates 1996



Ausländer sehen Erfolge in Gefahr

Besorgter Blick auf Europa'93

Am kommenden Samstag beginnen zum zwölften Mal Ausländerwochen

Bei den diesjährigen Ausländerwochen steht die Frage nach den Folgen der Einigung Deutschlands und Europas für ausländische Arbeitnehmer und Flüchtlinge im Mittelpunkt.

Vom kommenden Samstag, 28. September bis zum 13. Oktober stehen 13 kulturelle, politische und religiöse Veranstaltungen auf dem vom Ausländerbeirat zusammengestellten Programm. Erstmals informieren Referenten auch in türkischer, griechischer und spanischer Sprache über Fragen der Staatsbürgerschaft und der Freizügigkeit.

Am Tag der deutschen Einheit lädt die Initiative Ausländer und Deutsche (IAD) zu einem Podiumsgespräch über den zunehmenden Rassismus ein (Studienhaus Hl.-Geist, Hans-Sachs-Platz, 19 Uhr). „Der wachsende Fremdenhaß macht alles zunichte, was wir in den vergangenen Jahren erreicht haben“, fürchtet Costas Charissis vom Ausländerbeirat. Ab Freitag, 4. Oktober um 20 Uhr treffen sich Jugendliche im Epeleinsaal der Kaiserstallung zu einem „Verfassungskongreß“.

Eine Woche später, am 12. Oktober, geht es schließlich im Nachbarschaftshaus Gostenhof um das Thema „Festung Europa“ mit Fachleuten aus Frankfurt, Brüssel, Köln und Bonn (Adam-Klein-Straße 6, 19 Uhr). Das traditionelle „multikulturelle Fest“ auf dem Hauptmarkt steigt am 6. Oktober.

Nürnberger Zeitung
24.09.91

Vorträge sollen Vorurteile abbauen

Ausländerwochen mit interessantem Programm — Erste Zeitung des Ausländerbeirats

„Gemeinsam leben, gemeinsam entscheiden“, ist das Motto der diesjährigen Ausländerwochen, die vom 28. September bis 13. Oktober stattfinden. Neben folkloristischen Veranstaltungen, gemeinsamen Gottesdiensten und Dichterlesungen, liegt der Schwerpunkt in diesem Jahr auf zahlreichen Vortragsveranstaltungen mit politischem Charakter.

„Mit Bestürzung verfolgen die hier lebenden Ausländer die gewalttätigen Vorgänge in den neuen Bundesländern“, so der Sprecher des Ausländerbeirats der Stadt Nürnberg, Costas Charissis und beklagt, daß die Nazis inzwischen sogar den Beifall der Bürger bekommen. „Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, daß die Ausländerfeindlichkeit nicht weiter aufkeimt“, meint Charissis. Deshalb und im Hinblick auf die bevorstehenden Veränderungen in Europa 1993 sucht man mit verschiedenen Veranstaltungen mit politischer Beteiligung das Gespräch.

So findet die zentrale Podiumsdiskussion am Samstag, 12. Oktober, 19 Uhr, im Nachbarschaftshaus Gostenhof statt. Zum Thema „Was bringt die europäische Vereinigung den Ausländern?“ konnten Stephan Gaitanidis, Frankfurt, José Manuel Fernández, Brüssel,

Hasan Özdoğan, Köln, Faruk Sen, Bonn, Rosi Wolf-Almanasreh, Frankfurt, gewonnen werden. In einer weiteren Podiumsdiskussion am Donnerstag, 3. Oktober, 19 Uhr, im Studienhaus Heilig Geist, geht es um „Zunehmender Rassismus — kein Grund zum Feiern“.

Mit einem runden Tisch am 4./5. Oktober, jeweils 20 Uhr, im Fünfeckturm, bespricht man in einem Verfassungskongreß das Thema „Vom Grundgesetz

zur deutschen Verfassung“. Im Cayhaus des Kulturladens Rothenburger Straße spricht am Donnerstag, 10. Oktober, 19 Uhr, der Psychiater Etem Ete, Hamburg, über „30 Jahre Migration und die psychischen Folgen“. Um „Europa 93“ geht es bei einer Podiumsdiskussion am Samstag, 12. Oktober, 13 Uhr, im DGB-Haus.

Das Multikulturelle Fest findet am Sonntag, 6. Oktober, von 12 bis 18 Uhr am Hauptmarkt statt. Petros Papassoras, der stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirats, hofft, daß man bei diesem Fest nicht nur die ausländischen Essensspezialitäten probiert, sondern auch mit den Ausländern ins Gespräch kommt.

Rechtzeitig zu den diesjährigen Ausländerwochen hat der Ausländerbeirat die erste Nummer der Zeitung „Multi Kulturelles Nürnberg“ herausgebracht. In 2500 Exemplaren versucht diese deutschsprachige Zeitung als „Sprachrohr des Ausländerbeirats“ Probleme darzustellen, Argumente zu liefern und Anregungen für die Kommunal-, Landes- und Bundespolitik zu geben. -nic-

Leute von heute

Manfred Bleisteiner, Versichertenältester der Landesversicherungsanstalt Mittel- und Oberfranken, erteilt am 25. September von 16.30 bis 18 Uhr im Gewerkschaftshaus am Kornmarkt, Raum 405, kostenlose Auskünfte in Rentenangelegenheiten.

„Das Gesetz fördert moderne Sklaverei“

52jährige Türkin soll abgeschoben werden, weil sie nur zwei Jahre verheiratet war — Tochter krank

Der Ausländerbeirat und verschiedene andere Initiativen machen sich für eine 52jährige Türkin stark. Die Frau soll abgeschoben werden, weil ihre Ehe nicht — wie im neuen Ausländergesetz vorgeschrieben — mindestens drei Jahre bestanden hat.

„Das neue Ausländergesetz zeigt unmenschliche Härten. Der Einzelfall wird überhaupt nicht berücksichtigt“, erklärt Juan Cabrera, stellvertretender Vorsitzender des Ausländerbeirates. Besonders Frauen geraten durch die sogenannte Ehebestandsregelung in eine unwürdige Lage. Wenn sie dem in Deutschland lebenden Ehepartner gefolgt sind, erhalten sie erst nach vier Jahren häuslicher Gemeinschaft das Aufenthaltsrecht; drei Jahre Ehe sind Voraussetzung, um wenigstens als „Härtefall“ bleiben zu dürfen.

Viele Männer spielen diese Klausel brutal für sich aus: Sie drohen der Frau mit Scheidung (und damit der Abschiebung), wenn sie nicht tut, was der Mann verlangt. Die Ehepartnerinnen werden dadurch erpreßbar; den Ausländerberatungsstellen sind Fälle bekannt, in denen Frauen selbst Mißhandlungen aus Angst vor der Abschiebung ertragen.

Dieses Druckmittel setzen aber nicht nur ausländische Ehemänner ein. „Deutsche suchen sich quasi aus dem

Katalog eine Filipina aus, heiraten sie und können dann vier Jahre lang mit der Frau machen, was sie wollen“, kritisiert der Geschäftsführer des Ausländerbeirates Friedrich Popp. In seinen Augen fördert das neue Ausländergesetz indirekt „die moderne Sklaverei“ und muß deshalb in diesem Punkt unbedingt geändert werden.

OB soll vermitteln

Im Fall einer 52jährigen Türkin haben jetzt der Ausländerbeirat, die Mutter-Kind-Stube, die Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen, das Frauenhaus oder die Initiative Ausländer und Deutsche den Oberbürgermeister um Hilfe gebeten. Nezihe P. war 1970 als angeworbene Arbeiterin legal in die Bundesrepublik eingereist. Vierzehn Jahre später ging sie in die Türkei zurück, stellte aber fest, daß sie als Fremde im eigenen Land galt und keine familiären Bindungen mehr vorhanden waren. 1986 besuchte sie Verwandte in der Bundesrepublik und lernte dabei einen Deutschen kennen, den sie 1987 heiratete.

Zwei Jahre lebte das Paar zusammen, dann ging der Mann nach Berlin, um Arbeit zu finden. Als Nezihe ihren Gatten dort besuchen wollte, war er spurlos verschwunden. Auch eine Vermittlungsanzeige blieb erfolglos. Die Frau ließ

sich daraufhin scheiden und lebt seither bei ihrer kranken, pflegebedürftigen Tochter in Nürnberg. Da sie nur zwei Jahre in häuslicher Gemeinschaft mit dem Mann gelebt hat, will sie das Nürnberger Ausländeramt jetzt abschieben. Ihr Widerspruch vor den Verwaltungsgerichten in Ansbach und München blieb erfolglos; sie soll bis zum 15. August das Land verlassen.

Rechtsanwalt Karl Heinz Becker hat jetzt einen neuen Beschwerdeantrag gestellt. „Die Tochter ist krank und auf die Hilfe ihrer Mutter angewiesen. Darauf ist das Verwaltungsgericht überhaupt nicht eingegangen“, meint Becker.

Auch die Tatsache, daß seine Mandantin bereits vierzehn Jahre in der Bundesrepublik gelebt hat, spielte für die Richter keine Rolle. Ausschlaggebend ist allein die nicht erfüllte Ehebestandsregelung. Welche Perspektiven eine 52jährige Türkin in ihrer Heimat hat, die ohne Geld, ohne Arbeit, ohne Familie ist, und die noch dazu mit einem Deutschen verheiratet war, interessiert nicht. Becker meint, daß die Ehebestandsregelung gegen die Menschenwürde und den Gleichbehandlungsgrundsatz verstößt und deshalb verfassungswidrig ist. Aber erst wenn der Rechtsweg ausgeschöpft ist, kann das Verfassungsgericht eingeschaltet werden. k.w.

Nürnberger Nachrichten
22.09.92

Angesichts der Überfälle auf Flüchtlingsheime neues Programm bei den „Ausländerwochen“ „Rock gegen Rechts“ statt Folklore

Am 3. Oktober Demonstration unter dem Thema „Gemeinsam gegen Fremdenhaß und Rassismus!“

Angesichts der zunehmenden Gewalttaten gegen Asylantenheime in der Republik ist den Ausländern in Nürnberg das Feiern vergangen: Statt des längst geplanten, vierten multikulturellen Festes während der „Ausländerwochen“ wird am 3. Oktober auf dem Hauptmarkt ein Programm geboten, bei dem deutsche Musikbands mit „Rock gegen Rechts“ im Mittelpunkt stehen.

Die vom Ausländerbeirat der Stadt organisierten „Ausländerwochen“ vom 26. September bis 11. Oktober stehen unter dem Motto „Viele Kulturen — eine Zukunft“. Erst in der vergangenen Woche hat das veranstaltende Gremium vor dem Hintergrund zahlreicher Überfälle auf Wohnheime von Asylwerbern das Programm geändert. In den letzten zwei Jahren sind weit über 3000 rassistische Übergriffe in den neuen und alten Bundesländern gezählt worden.

Am 3. Oktober beginnt um 12 Uhr auf dem Platz der Opfer des Faschismus eine Demonstration unter dem Motto „Gemeinsam gegen Fremdenhaß und Rassismus!“, zu der Ausländerbeirat und der Deutsche Gewerkschaftsbund

(DGB) aufrufen. „Der DGB ist noch enger mit dem Ausländerbeirat zusammengedrückt“, berichtet Jonas Lanig in Vertretung des DGB-Kreisvorsitzenden Harald Weiniger. Die Gewerkschaften sehen sich in der Pflicht darauf hinzuweisen, daß „die Verschärfung des sozialen Klimas nicht an den Ausländern liegt“. Der „neue Schulter-schluß“ und die gemeinsame Demonstration zum Hauptmarkt soll auf viele als Zeichen des Mutmachens wirken.

Dank an Deutsche

„Wir sehen aber keinen Grund zu feiern“, erklärte der Vorsitzende des Ausländerbeirates, M. Ali Bencibara. Im Anschluß an die Demonstration wird es deshalb weder Tanz noch Folkloreveranstaltungen geben. Stattdessen ist deutscher „Rock gegen Rechts“ angesagt. Bencibara verließ seiner Hoffnung Ausdruck, daß es in Nürnberg auch weiterhin keine Ausschreitungen geben wird.

Private Initiativen werden jedoch zwischen dem 1. und 3. Oktober Mahnwachen rund um die Uhr zum Schutz der 20 Flüchtlingsheime in Nürnberg organisieren. Am Vorabend des 2. Oktober (Tag des Flüchtlings) und des 3.

Oktober (Tag der deutschen Einheit) rechnet der Verfassungsschutz — nach Angaben des Ausländerbeirates — verstärkt mit rassistischen Krawallen.

Die Gemeinschaft kroatischer Vereine hat sich beim Ausländerbeirat eine Abfuhr eingehandelt. Sie hatte gefordert, die serbischen Teilnehmer von dem Programm am Hauptmarkt — etwa 30 Gruppen sind angemeldet — auszuschließen. Schriftlich teilte der Beirat mit, daß es in Nürnberg seit 30 Jahren Einwanderer gebe. Inzwischen lebten ethnische Minderheiten aus über hundert Staaten hier. Und noch nie hätten Auseinandersetzungen in den Heimatländern es vermocht, das friedliche Zusammenleben in Nürnberg zu stören. Das solle auch so bleiben.

Die „Ausländerwochen“ mit rund 15 Veranstaltungen beginnen am 26. September mit einem Forum „Bürgerrechte für Nichtdeutsche“ (von 13 bis 18 Uhr im DGB-Haus am Kornmarkt 5). Tags darauf bemalen Kinder um 13 Uhr vor der Lorenzkirche ein sechs mal zwölf Meter großes Transparent mit den Worten „Wir halten Frieden — nicht den Mund“. Das Plakat wird später an dem Gotteshaus aufgehängt. s.z.

Kundgebung und Zug zum Hauptmarkt

10000 Demonstranten zogen durch die Stadt

Gegen den Haß auf Ausländer

DGB-Chef Weiniger sieht in Arbeitslosigkeit und Sozialabbau Ursachen wachsender Gewalt

Langer Zug von der Meistersingerhalle durch die Südstadt und die Lorenzer Altstadt zum Hauptmarkt. Rund 10 000 Menschen — so die Schätzungen der Polizei — bekundeten am „Tag der Einheit“ in Nürnberg ihren Abscheu gegen die wachsende körperliche und demagogische Gewalt gegen Ausländer in der Bundesrepublik. Die vom Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg, vom SPD-Unterbezirk, vom Deutschen Gewerkschaftsbund, vom „Evangelischen Forum für den Frieden“ und von zahlreichen anderen Organisationen organisierte Demonstration unter dem Motto „Gemeinsam gegen Fremdenhaß und Rassismus“ verlief ausgesprochen friedlich.

Demokraten und nicht der rechte Mob beherrschen — so DGB-Kreisvorsitzender Harald Weiniger — die Straßen von Nürnberg, das sich, neuer Qualität der Auseinandersetzung zum Trotz weitgehend ein Klima der Toleranz und Offenheit bewahrt habe. In seiner Ansprache bei der Kundgebung auf dem Hauptmarkt vermißte der DGB-Sprecher freilich ein Eintreten für die Sicherheit der Flüchtlinge und Ausländer auf noch breiterer Front und bedauerte, daß es bislang zu wenig Zeichen des Mitleids mit den Opfern gegeben habe. Bedauern fand er zugleich für die Entscheidung des Veranstalters, keinen Vertreter der israelischen Kultusgemeinde sprechen zu lassen. Zu Weinigers Anliegen gehörte auch der entschiedene Kampf gegen Elend und Not auf der Welt, damit Menschen nicht zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen werden.

Ursachen für die wachsende Gewalt sah der DGB-Kreisvorsitzende nicht zuletzt im Sozialabbau, den die Bundesregierung nach seiner Überzeugung betreibt, im Wohnungsmangel, in der Arbeitslosigkeit sowie in einem Demokratiedefizit.

Zu den Zielen, zu denen sich die Demonstranten bekannten, zählte insbesondere auch die Beibehaltung des individuellen Grundrechts auf Asyl für politisch Verfolgte, wobei gerade dieses Anliegen für den feinen Unterschied sorgte. Denn die Sozialdemokraten erwähnten die ins Auge gefaßte Grundrechtsänderung mit keinem Wort, sondern formulierten eigenständig: „Wir wollen weiterhin Menschen, die in ihren Heimatländern wegen ihrer Rasse, Religion oder politischen Einstellung verfolgt werden oder durch Kriege Gefahr an Leib und Leben ausgesetzt sind, Zuflucht gewähren.“

Nach dem Demonstrationzug und der Kundgebung — gesichtet wurden dabei die Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Rathaus, Jürgen Fischer, und der evangelische Dekan Dr. Johannes Friedrich — klang der Aktionstag im Rahmen der Ausländerwoche aus mit einem „multikulturellen Programm“ auf dem Hauptmarkt, das Rockmusik ebenso bot wie internationale Spezialitäten oder Unterhaltung für die Kinder.



Eindrucksvolle Demonstration: Am Samstag wehrten sich rund 10 000 Menschen „gemeinsam gegen Fremdenhaß und Rassismus“ und zogen in langer Reihe von der Meistersingerhalle zur Kundgebung auf den Hauptmarkt. Foto: Guttenberger

Nürnberger Zeitung
05 10 92

Protest in Nürnberg gegen Fremdenhaß



Nürnberger Zeitung
05 10 92

Rund 10 000 Menschen haben am Samstag in Nürnberg gegen jede Form von Fremdenhaß demonstriert. Unser Foto zeigt die Kundgebung auf dem Hauptmarkt, die ebenso wie die gesamte Veranstaltung nach Polizeiangaben „ausgesprochen friedlich“ verlief. Die

Teilnehmer der bislang größten Demonstration dieser Art hatten sich am Stadtrand getroffen und waren dann in einem zweistündigen Gang mit Transparenten in die Innenstadt gezogen. An der Veranstaltung unter dem Motto „Gemeinsam gegen Fremdenhaß

und Rassismus“ nahmen Deutsche Schulter an Schulter mit Vertretern vieler Nationen teil. Ähnliche Veranstaltungen fanden am Tag der deutschen Einheit auch in Frankfurt/Main, Berlin und Schwerin statt. (Siehe auch Lokales Seite 13.) Foto: Guttenberger

Der Ausländerbeirat der Stadt vergab gestern abend erstmals die „multikulturellen Preise“ an drei Initiativen und Gruppen

Die Arbeit gilt dem friedlichen Miteinander

Auszeichnung ging an den Verein Degrin, die Initiative Ausländer und Deutsche und den Flüchtlingskreis der Kirchengemeinde St. Jobst



Der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Ali Bencibara (2. von rechts), übergibt die multikulturellen Preise an die Vertreter von drei Gruppen und Initiativen. Foto: Bauer

Der Ausländerbeirat hat gestern abend zum ersten Mal drei Gruppen und Initiativen ausgezeichnet, die sich um das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben von Deutschen und Nichtdeutschen bemüht haben.

Die mit 2000 Mark dotierten „multikulturellen Preise“ gingen an die Initiative Degrin - Ausländer und Deutsche gemeinsam, an die Initiative Ausländer und Deutsche und den Flüchtlingskreis der evangelischen Kirchengemeinde St. Jobst. Ali Bencibara, der Vorsitzende des Ausländerbeirates, hob in seiner Laudatio im Rathaus hervor, daß die multikulturellen Preise eher Symbolcharakter haben und nur bescheiden sind. „Aber wir wollen damit unsere Anerkennung für Ihre Arbeit an der Basis, an der Wurzel der Probleme, zum Ausdruck bringen“, erklärte Bencibara.

Private Freundschaften

Die Initiative Degrin besteht bereits seit 15 Jahren. 1977 entstand die Gruppe eher aus privaten Freundschaften; nach einem gemeinsamen Urlaub deutscher und griechischer Jugendlicher auf dem Peloponnes sollte der Kontakt in Nürnberg bestehen bleiben. Aus der „deutsch-griechischen Initiativgruppe“ Degrin entwickelte sich im Lauf der Jahre aber eine multikulturelle Gemeinschaft, die Gleichberechtigung und Verständigung zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten fördert.

Der zweite Preis ging an die Initiative Ausländer und Deutsche, die im Dezember 1981 gegründet wurde. Damals waren gerade die Bestimmungen für den Nachzug von ausländischen Familienangehörigen verschärft worden.

Fortsetzung Seite 14

Schutz gewährt

Kirchengemeinde versteckte monatelang Flüchtling aus Bangladesch

Ausländer und Deutsche wollten darauf gemeinsam auf solche politischen Veränderungen und eine zunehmende Ausländerfeindlichkeit reagieren. Nach wie vor setzen sich die Mitglieder der Gruppe für den Nachzug ausländischer Familienangehöriger ein, streiten für ein aktives oder passives Wahlrecht und für das Recht auf politische Betätigung der hier lebenden Ausländer und kämpfen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Mit dem dritten multikulturellen Preis würdigte der Ausländerbeirat das Engagement des seit etwa zehn Jahren bestehenden Flüchtlingskreises der evangelischen Kirchengemeinde St. Jobst. Zunächst kümmerten sich die Gemeindeglieder um Flüchtlinge aus Eritrea. Später intensivierten sich die Kontakte zu iranischen Asylbewerbern in der Schafhofstraße 1990 machten sich Kirchenvorstand und Gemeinde von St. Jobst für einen jungen Mann aus Bangladesch stark, der abgeschoben werden sollte. Als die Behörden nicht zu einer Duldung bereit waren, versteckte die Gemeinde den Flüchtling von Januar bis August 1990 und mußte dafür juristische Schritte ergreifen. Kauf nehmen. kw

Nürnberger Nachrichten
09.12.92

„Multikulturelle“ Preise



„Multikulturelle Preise“ vergab der Ausländerbeirat gestern abend an zwei Initiativen und eine Kirchengemeinde für ihr Engagement um „friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Deutschen und Nichtdeutschen“. Beirats-Vorsitzender Ali Bencibara (2. v. r.) würdigte die vielseitige Arbeit der Initiative „DEGRIN - Deutsche und Ausländer gemeinsam“, die sich seit 15 Jahren für Völkerverständigung einsetzt. Ausgezeichnet wurden auch die Initiative „Ausländer und Deutsche“ sowie die Kirchengemeinde St. Jobst, die Asylbewerber betreut und vor zwei Jahren einem jungen Mann aus Bangladesch Zuflucht in der Kirche gewährte, um seine Abschiebung zu verhindern. Foto: Hafnerichter

Nürnberger Zeitung
09.12.92

Die Gewalt überwinden

Ausländerwochen bieten ein umfangreiches Programm

„Ich habe nichts gegen Ausländer, aber...“ So lautet das Thema eines Seminars, mit dem am Freitag, 24. September, im DGB-Haus am Kornmarkt die Ausländerwochen 1993 eröffnet werden. Eine Vielzahl von Veranstaltungen soll – so der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Ali Bencibara – bis zum 10. Oktober dazu beitragen, daß Ausländerinnen und Ausländer nicht länger als Menschen zweiter Klasse behandelt werden, daß Fremdenfeindlichkeit und der tägliche Rassismus der Vergangenheit angehören.

„In den Jahren 1992 und 1993 mußten wir Angst und Terror ohne Ende gegen ausländische Bürgerinnen und Bürger erleben. Die Zahl der fremdenfeindlichen Übergriffe nahm drastisch zu. 1992 gab es 6336 Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund, gut 160 Prozent mehr als im Jahr zuvor“, berichtet Bencibara in seinem Grußwort, in dem er nicht vergißt, daß sich die Anschläge nicht zuletzt auch gegen ausländerfreundliche Deutsche richteten.

Lichterketten und Demonstrationen hätten zwar zur Sensibilisierung der Menschen beigetragen, ohne freilich Anschläge verhindern zu können. Bencibara fordert deshalb von der deutschen Bevölkerung mehr Zivilcourage. Zugleich wiederholt er das stete Anliegen der Ausländer, die doppelte Staatsbürgerschaft erwerben zu können.

„Frieden gestalten – Gewalt überwinden“, lautet heuer das Motto der Woche, deren Veranstaltungspalette von iranischer Literatur mit Nasim Khaksar (Samstag, 2. Oktober ab 20 Uhr, Zeitungscafé der Stadtbibliothek) bis zum Begegnungsabend für Christen und Muslime (Donnerstag, 7. Oktober um 19.30 Uhr in der Dreieinigkeitskirche) reicht, vom Podium der Religionen (Donnerstag, 7. Oktober um 19.30 Uhr im Caritas-Pirckheimer-Haus) bis zur Moschee-Besichtigung (Donnerstag, 7. Oktober, um 19 Uhr in der Hessestraße).

Einen der Höhepunkte wird wieder das multikulturelle Fest bilden, das am Sonntag, 3. Oktober, ab zwölf Uhr auf dem Hauptmarkt stattfindet.

Nürnberger Zeitung
21.09.93

Nürnberger Nachrichten
22.09.93

Große Ausländerwochen vom 24. September bis 10. Oktober

Zeichen neuer Hoffnung

Motto in Nürnberg lautet: „Frieden gestalten, Gewalt überwinden“

Vom 24. September bis 10. Oktober finden in Nürnberg die „Wochen der ausländischen Mitbürger“ statt. Das Motto lautet: „Frieden gestalten - Gewalt überwinden.“

Dazu erklärte der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Ali Bencibara, 1992 und 1993 habe bundesweit die Zahl der fremdenfeindlichen Übergriffe drastisch zugenommen. „Wir wollen in diesen Tagen einerseits unsere Ängste zum Ausdruck bringen, aber auch unsere Hoffnung, daß Zivilcourage und Toleranz ebenfalls wachsen. In Nürnberg leben wir tatsächlich in einer recht friedlichen Stadt.“ Hier haben 22 000 Bürger für die doppelte Staatsbürgerschaft unterschrieben, doppelt soviel, wie der Ausländerbeirat gehofft hatte.

Den Auftakt der Ausländerwochen bildet ein Seminar am Freitag ab 9 Uhr im DGB-Haus am Kornmarkt. „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber...“ ist der Titel. Ein Vertreter aus Essen berichtet über Sozialarbeit mit rechten

Jugendlichen, Özan Ceyhun vom hessischen Ministerium für Jugend und Familie spricht über „Diskriminierung durch Gesetz“ und Brigitte Erler (Forum Buntes Deutschland) schildert den „Rassismus im Alltag“. Arbeitsgruppen vertiefen am Nachmittag die Themen. Zum Seminar werden noch Anmeldungen über Telefonnummer 22 34 08 entgegengenommen.

Ausstellungen, Theaterstücke, Literaturlesungen, internationale Kinderfeste; eine Moschee-Besichtigung, Konzerte und Podiumsdiskussionen sind in einem Programm zusammengefaßt, das beim Ausländerbeirat in der Peter-Vischer-Straße 17 erhältlich ist.

Höhepunkt ist ein Multikulturelles Fest am 3. Oktober von 12 bis 19 Uhr auf dem Hauptmarkt. Ausländische Folkloregruppen, der Nürnberger Gewerkschaftschor, Kabarettist Bernd Regenauer, Clown Geraldino und OB Peter Schönlein sind dabei.

s.r.

Gewerkschaft und Ausländerbeirat fordern:

„Gleiche Rechte für alle Bürger“

Politiker sollen sich für die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer einsetzen

Mehr Rechte für in Deutschland lebende Ausländer, erleichterte Einbürgerung und entschlossene Bekämpfung des Rechtsradikalismus sind einige Forderungen des „Nürnberger Appells“, der gestern zum „Tag der Menschenrechte“ gemeinsam vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und vom Ausländerbeirat vorgestellt wurde. Erarbeitet hat den Appell der sogenannte „Bunte Tisch“, ein lockerer Zusammenschluß verschiedener Parteien, Organisationen und Initiativen.

Mit dem Appell soll nach DGB-Vertreter Jonas Lanig klargestellt werden, „daß sich unsere Politiker ein Jahr nach den Morden von Mölln nicht aus der Verantwortung stehlen dürfen“.

Bekanntnisse für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern blieben unglaubwürdig, „wenn ihnen nicht die entsprechenden gesetzlichen Initiativen folgen“. Man habe dem Forderungskatalog bewußt den Namen „Nürnberger Appell“ gegeben, „weil die Stadt eine besondere ethische Verantwortung trägt“.

Um eine möglichst große Verbreitung des Appells zu erreichen, werden die Forderungen in diesen Tagen mit Plakaten und Flugblattaktionen in die Öffentlichkeit getragen. Anfang 1994 sollen Prominente und einzelne Organisationen aufgefordert werden, sich auf Plakatwänden zu den Inhalten des Appells zu bekennen.

Neben den bereits erwähnten Forderungen werden in dem Manifest die Anerkennung einer doppelten Staatsbürgerschaft, allgemeines Wahlrecht für Ausländer, die Verteidigung des individuellen Rechtsanspruchs auf Asyl, die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes und eine offensive Politik gegen Diskriminierung verlangt. Mit der Umsetzung dieser Punkte könne ein „klares Eingeständnis“ für die Gleichberechtigung aller in Deutschland lebenden Bürger abgegeben werden, meinte Saskia Soeria Santoso vom Ausländerbeirat. Ein Staat wie die Bundesrepublik könne es sich nicht leisten — so eine Presseerklärung des Beirats — die Menschen in Bürger erster, zweiter und dritter Klasse einzuteilen. ch

Nürnberger Zeitung
11.12.93

Süddeutsche Zeitung
1.12.93

Auch ohne rechtliche Grundlage

Ausländer melden sich zu Wort

Arbeitsgemeinschaft will Interessen landesweit vertreten

Von Jakob Augstein

München — Bayerns Ausländer organisieren sich: Um die Landesregierung unter Zugzwang zu setzen haben sich die kommunalen Ausländerbeiräte zu einer Landesarbeitsgemeinschaft zusammengetan. Der siebenköpfige Vorstand des neuen Gremiums will die Interessen aller im Freistaat lebenden Nicht-Deutschen wahrnehmen. Bayern gehört nach wie vor zu der Minderheit von Bundesländern, die keinen Ausländerbeauftragten auf Landesebene eingesetzt haben.

„Die Ausländer in Bayern brauchen endlich eine politische Stimme“, sagt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Bahan Gökten. Das neue Gremium tritt mit einer Reihe von Forderungen an, die sich direkt an die bayerische Staatsregierung richten: Rederecht in Kommunalversammlungen, passives Wahlrecht für die Personalräte des öffentlichen Dienstes, Landeserziehungsgeld, auch für Bürger, die nicht aus EG-Ländern stammen. „Über das Land wollen wir aber auch die Ausländerpolitik des Bundes beeinflussen“, sagt Theodor Gavras, Vorsitzender des Ausländerbeirats der Stadt München: „Wir müssen uns in den Fragen, die alle Ausländer angehen, wie der doppelten Staatsbürgerschaft, dem kommunalen Wahlrecht und der allgemeinen rechtlichen Gleichstellung, bundesweit Gehör verschaffen.“

Noch schwebt die Ausländervertretung in einem rechtlichen Vakuum. Kurz vor

der konstituierenden Sitzung in Fürth hatten die Regierungen von Mittelfranken und Oberbayern darauf hingewiesen, daß es bisher im Freistaat an einer rechtlichen Grundlage für die landesweite Repräsentanz mangle. Gökten verweist aber auf das Vorbild Hessen: „Da wurde die rechtliche Grundlage auch erst geschaffen, nachdem die Landesorganisation bereits gegründet worden war.“

Die Verwaltungsfachleute störten sich vor allem an dem allgemeinen politischen Vertretungsanspruch des neuen Gremiums. Gavras will diese Kritik nicht gelten lassen: „Die Ausländerbeiräte werden auf kommunaler Ebene durch Urwahl gewählt und finden die Anerkennung der Gemeinden. Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft wurde von diesen Beiräten ebenfalls demokratisch gewählt, warum sollte das Land ihm dann die Anerkennung verweigern?“

Struktur und Satzung des neuen Gremiums orientieren sich an den bestehenden Ausländerrepräsentanzen in Hessen und Nordrhein-Westfalen. Die Arbeitsgemeinschaft strebt den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an. Ihre Tätigkeit und ein Büro in München sollen aus Landesmitteln finanziert werden. In den nächsten Tagen will die Ausländervertretung sich offiziell an das Sozialministerium, den Innenminister und den Ministerpräsidenten wenden. Gökten: „Das Wichtigste ist jetzt, daß wir anerkannt werden.“

„Nürnberger Appell“ Plakate für Rechte von Ausländern

Die Nürnberger Stadtmission unterstützt den „Nürnberger Appell“, der vom „Bunten Tisch“, dem DGB und vom Ausländerbeirat initiiert worden ist. Darin wird unter anderem eine erleichterte Einbürgerung und die Anerkennung doppelter Staatsbürgerschaften gefordert.

Nach eigener Darstellung bietet die Stadtmission bereits seit den 60er Jahren griechischen Mitbürgern Beratung an. Außerdem werden Flüchtlinge aus drei Sammelunterkünften von der Asylbewerber-Beratung sozialpädagogisch betreut.

Gegen Diskriminierung

Um den „Nürnberger Appell“ einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, will sich die Stadtmission nun an einer Plakataktion beteiligen, die das Sozialwerk vom 18. bis 27. Januar an der Ecke Innerer Kleinreuther Weg und Kobergerstraße durchführt. Neben Einbürgerung und doppelter Staatsbürgerschaft fordert der „Nürnberger Appell“ die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts für alle in Deutschland lebenden Bürger, die Verteidigung des individuellen Rechtsanspruchs auf Asyl, die Verabschiedung eines Einwanderergesetzes, eine offensive Politik gegen jede Diskriminierung sowie die entschlossene Bekämpfung des Rechtsradikalismus.

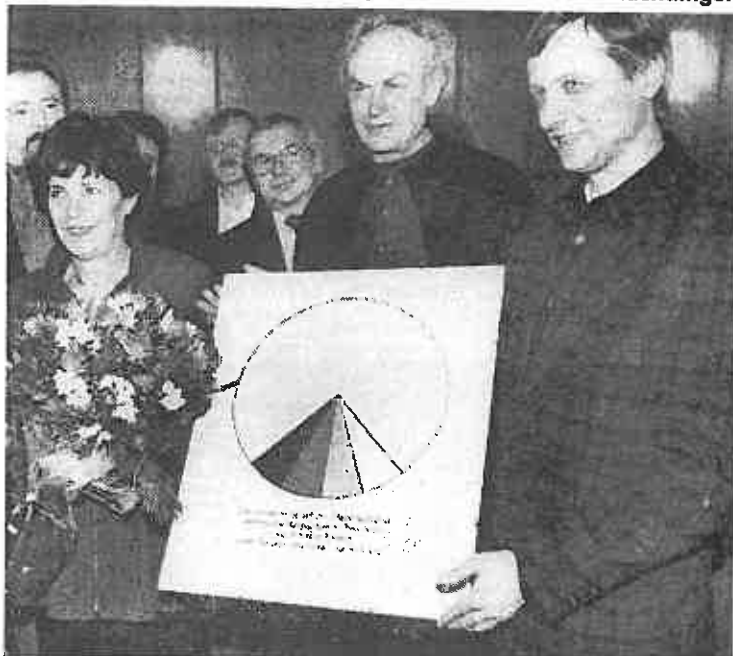
Nürnberger Zeitung
18.01.94

Nürnberger Nachrichten
17.12.94

Anerkennung für die Bleiweiß-Initiative gegen Intoleranz

Vorbildliche Nachbarn

„Multikultureller Preis“ für ganz praktische Arbeit mit Flüchtlingen



Der Nürnberger Künstler Toni Burghart (Mitte) gestaltete die Urkunde für den Preis, den gestern Sonja Heinlein und Helmut Rudolph für die Initiative entgegennahmen.

Foto: Hippel

Sie begleiten Flüchtlinge zu Behörden, versuchen bei Nachbarn Verständnis zu wecken und Kontakte herzustellen und organisieren Ausflüge für die Kleinen: Seit drei Jahren setzt sich die „Initiative Bleiweiß gegen Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz“ im Stadtteil St. Peter und darüber hinaus auf ganz handfeste, praktische Weise für ein friedliches Zusammenleben der Menschen der unterschiedlichsten Herkunft ein. Der Ausländerbeirat hat der Gruppe deshalb jetzt den diesjährigen „Multikulturellen Preis“ verliehen.

Die schrecklichen Ereignisse (und die schockierenden Bilder) von Hoyerswerda und anderen Orten hatten im Herbst 1991 fünf Mitarbeitern der Bundesanstalt für Arbeit den Anstoß zur Gründung gegeben. „Bei einem Gespräch in der Kantine stellten wir fest, daß wir etwas gegen den Fremdenhaß unternehmen müssen“, erzählt Sonja Heinlein. Schon zum zweiten Treffen kamen 40 Interessenten.

Schutz für Ausländer

Zu tun gab es mehr als genug: Im Vordergrund stand damals zunächst der Gedanke, die Ausländer vor Angriffen zu schützen. Später kamen Aktivitäten wie die Unterstützung bei der Suche nach Arbeit oder einer Wohnung und die Organisation von Begegnungen zwischen Flüchtlingen und Deutschen hinzu. Für zwei Wohnheime in der Regensburger und in der Wodanstraße übernahm die Initiative Patenschaften – und trug nicht selten dazu bei, Kon-

flikte zu entschärfen. Aufsehen erregten die Mitglieder im vergangenen Jahr mit einer Aktion am Plärrer: Wochenlang postierten sie sich an jedem Freitag neben einer Ampel mit einem großen Transparent, auf dem nur „Solingen – Mölin...Die Würde des Menschen ist unantastbar?“ stand.

Neue Ziele

Bei alledem ist der Gruppe gelungen, ohne Vereinsstrukturen auszukommen und nicht nur dem äußeren Anschein nach parteiunabhängig zu bleiben. Manche gaben ihr Engagement an anderer Stelle auf. Inzwischen ist die Schar der Aktiven etwas gesunken: Zu den etwa 15 regelmäßigen Mitstreitern zählen neben den Mitarbeitern vom Arbeitsamt Studentinnen und Rentner, ein Mathematiker, ein Lehrer und eine Apothekerin. „Neue Leute können wir immer gebrauchen“, wirbt Sonja Heinlein, zumal die Gruppe ihre Arbeit jetzt neu bestimmen muß. Denn eines ihrer Paten-Heime ist schon aufgelöst, das zweite wird gerade geräumt.

Im vergangenen Jahr war die mit 2000 Mark dotierte Auszeichnung erstmals vergeben worden – und zwar gleich an drei Preisträger: den Verein Degrin, die Initiative Ausländer und Deutsche und den Flüchtlingskreis der Kirchengemeinde St. Jobst. In diesem Jahr konnte sich die Jury unter verschiedenen Vorschlägen nur schwer entscheiden. So sieht sich auch die Initiative selbst stellvertretend für viele andere geehrt.

woh

Ausländerwochen starteten um Nürnberger Lorenzkirche mit Ignatz Bubis und 31 Organisationen

„Zivilcourage der Bürger ist gefragt“

Unterschied zwischen Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit — „Schon Andersaussehende gefährdet“

VON SIEGFRIED RUCKDESCHEL

NÜRNBERG — „Darf ich Ihnen die Schuhe putzen? Nehmen Sie bitte Platz.“ Karin Kornbausch (27) vom Lorenzer Laden hat das noch nie gemacht, aber die Worte gehen ihr diesmal glatt von den Lippen. Der Passant aber, von dem in unseren Breitengraden ungewöhnlichen Angebot irritiert, weicht zurück. „Was wollen Sie?“ fragt er. Die Frau erklärt den Sinn der Aktion: Auch die Nürnberger sollten einmal erfahren, wie das so ist mit der Straßenarbeit. Den Kindern in Bolivien zum Beispiel wird damit ihre ganze Kindheit geräubt.

Der Lorenzer Laden gehört zu den 31 verschiedenen Gruppen und Organisationen, die sich zum Auftakt der Ausländerwochen 1994 an einer Infobörse auf dem Platz am Tugendbrunnen beteiligen. An der Spitze steht der Ausländerbeirat der Stadt, der das Motto kreiert hat: „Mensch denkt nach. Demokraten wählen ausländerfreundlich.“ Die Meinung steht schlichter auf Bierdeckeln, die sich auf allen deutschen Stammtischen wünscht.

Unerspreßliche Diskussionen

Jungsozialisten, Grüne und Liberale sind auch da. Anders als die großen Parteien, die in der Fußgängerzone Wahlkampf machen, stellen sie sich den zum Teil unerspreßlichen Diskussionen. Sie selbst habe als Trümmerfrau aufgeräumt, sagt eine grauhaarige Frau zu einem jüngeren Mann, aber „so schlecht“ sei Nazideutschland nicht gewesen. Auf die Frage, wie Trümmer und Hitler-Lob zusammenpaßten, mißt sie den Jüngeren mit scharfem Blick: „Sie können noch soviel reden: Mich ändern Sie nicht.“

Als am Nachmittag Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, zur Kundgebung erwartet wird, ist die Frau nicht mehr zu sehen. Dafür hat sich viel politische Prominenz eingefunden: Oberbürgermeister Peter Schönlein, Bundestagsvizepräsident Renate Schmidt, MdB Horst Schmhuber. Die Polizei schätzt, daß 1500 Zuhörer gekommen sind. Störer sind nicht zu erkennen.



Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis (rechts), im Gespräch mit Juan Cabrera vom Nürnberger Ausländerbeirat.

Der Spanier Juan Cabrera, als „Gastarbeiter“ nach Nürnberg gekommen und hier ergraut, klagt die Politiker an, mit ihrer Asyldebatte das „Feindbild Ausländer“ aufgebaut zu haben. „Injagd durch das ganze Land, Wir haben Angst.“ Jetzt sei sehr viel Zivilcourage von den Bürgern gefragt, sagt Cabrera.

Das ist das Stichwort für Oberbürgermeister Peter Schönlein. Mit Entsetzen habe er erfahren, daß ein Mann aus Ghana in Berlin schwer verletzt und aus einer fahrenden S-Bahn gestoßen worden sei, ohne daß 15 Fahrgäste eingegriffen oder auch nur hinterher die Polizei verständigt hätten. „Das ist schlimmste Gewalt und Rassismus. Jeder muß jetzt in die Zukunft denken und sich fragen, wohin dieser Weg führt: Zurück in die Barbarei.“

Ein junges Mädchen empfindet Ignatz Bubis nach seiner Rede zu leidenschaftlos, andere finden ihn wohlwollend sachlich. Nürnberg dürfe die NS-Reichsparteitage nicht vergessen, sagt er, aber die hätten in jeder deutschen Stadt abgehalten werden können. Auch seien die Deutschen nicht ausländerfeindlich; der Australier, Franzose oder Holländer habe nichts zu be-

fürchten. Vielmehr seien viele Deutsche fremdenfeindlich. Das richte sich bereits gegen Andersaussehende, Bubis. „Selbst vermeintlich Fremde, wenn sie in Auseinandersetzungen geraten, sind ihres Lebens nicht mehr sicher, weil sie für Fremde gehalten werden.“ Ähnlich hatte sich Bubis auch in einem Interview mit unserer Zeitung am Vortag geäußert.

Aber Bubis ist auch zuversichtlich. Die Mehrheit der Bürger sei in der Demokratie geboren, stellt er fest. Bis jetzt habe es immer einen Konsens gegeben, daß Rechtsextremisten nicht in die Landtage gehören. Und nüchtern rechnet er vor: „In unserer Bevölkerung sind fünf Prozent, die Angst vor den 95 Prozent haben müssen. Uns aber wird eingeredet, daß wir Angst vor den fünf Prozent haben müßten.“

Bubis kam von Erlangen und muß am Abend in Hockenheim sprechen. Doch eine Einladung des Ausländerbeirates zu einem Essen im Restaurant Pascha von Ali Benabara will er nicht abschlagen — den Sorgen mancher Sicherheitsleute zum Trotz, die Bubis wegen möglicher Attentatsversuche in diesen Tagen besonders scharf bewachen.

Foto: Daut

Nürnberger Nachrichten
10.05.95

Gegen die „Antragsregelung“ der CSU-Staatsregierung machen kommunale Spitzenverbände wie Ausländerbeiräte Front

Kommunalwahlrecht für EU-Bürger ohne Hürden

Gesetzentwurf der Grünen sieht automatische Erfassung im Wählerverzeichnis vor — Städte und Gemeinden für „schlanke“ Regelung

NÜRNBERG — Die mit dem Vertrag von Maastricht notwendig gewordene Reform des Kommunalwahlrechts auch für Bürger der Europäischen Union sollte nach Ansicht von Parteien und Verbänden „europafreundlich“ sein und den Kommunen wenig Verwaltungsaufwand bereiten.

Während die bayerische Staatsregierung nach wie vor hohe Hürden vor die Wahlzulassung von Bürgern aus der Europäischen Gemeinschaft einbauen möchte, verlangen Bayerns Grüne (in einem eigenen Gesetzentwurf) der Senat aber auch Ausländerbeiräte oder der Bayerische Gemeindetag sowie der Bayerische Städtetag eine „wahlfreundliche“ und praxisnahe Lösung.

Grüne: Zu umständlich

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung sieht beispielsweise vor, daß Bürger der EU ihr Wahlrecht nur auf Antrag ausüben können. Dagegen laufen die bayerischen Grünen Sturm, die dahinter eine Abschreckungsstrategie vermuten. Wer erst umständlich einen Antrag stellen müsse, werde nicht gerade ermuntert, an den Kommunalwahlen an seinem Wohnort teilzunehmen.

Der Gesetzentwurf der Abgeordneten Sophie Rieger, Manfred Fleischer und Johann Schammann sieht denn auch eine ganz einfache Lösung vor: Jeder EU-Bürger, der zum Zeitpunkt der Wahl seinen ersten Wohnsitz am



Will alle Ausländer wählen lassen: Saskia Santoso von der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Ausländerbeiräte. F.: Archiv

betreffenden Ort hat, ist wahlberechtigt und wird von der Gemeinde — da sowieso im Melderegister erfasst — ins Wählerverzeichnis übernommen.

Diese Lösung ist deckungsgleich mit den Vorstellungen des Bayerischen

Gemeindetags und des Städtetags, deren Präsidenten Heribert Thallmayr und Josef Deimer (beide CSU) ebenfalls für einen „automatischen Eintrag“ plädieren. Thallmayr: „Dieser Eintrag von Amts wegen wäre auch ein positives Signal zur Ausländerintegration und zudem weniger Verwaltungsaufwendig.“ Und Deimer spricht von „der Pflicht zu einem europafreundlichen Verhalten“, EU-Bürger bei Kommunalwahlen gleichzustellen.

Sprachkenntnisse ausreichend?

Der Gesetzentwurf der Grünen sieht darüber hinaus vor, daß rechtzeitig vor den jeweiligen Kommunalwahlen „die wahlberechtigten EU-Bürger/innen durch den Wahlleiter in ihrer jeweiligen Muttersprache über die Wahlmodalitäten und die Wahl schriftlich zu benachrichtigen und zu informieren“ sind. Dies sollte nach Ansicht des Bayerischen Senats jedoch den einzelnen Gemeinden überlassen bleiben, da davon auszugehen sei, daß hier lebende EU-Bürger über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen.

Während der Grünen-Entwurf den EU-Wahlberechtigten grundsätzlich auch das volle passive Wahlrecht einräumt, sind Staatsregierung und Senat zurückhaltender. Gemeinderat und Kreisrat ja — Bürgermeister- oder Landratsposten aber sollten (da mit

hoheitlichen Aufgaben verbunden) Deutschen vorbehalten bleiben.

Ganz anders hingegen die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (Agaby). Ihre stellvertretende Vorsitzende Saskia Santoso aus Nürnberg fordert, daß auch ein Ausländer oder eine Ausländerin als Bürgermeister/in grundsätzlich wählbar sein sollten — was sowieso eher unwahrscheinlich sei, wie sie einräumt. Hinter dieser Forderung stehen auch der DGB-Landesverband Bayern und die Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB).

Gemeinsam mit der Ausländerbeauftragten des Bundes, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), weist Saskia Santoso aber auch darauf hin, daß allein die Neuregelung ein „Zwei-Klassen-Wahlrecht“ hervorbringe. Von den rund 6,5 Millionen in Deutschland lebenden Ausländern stammten nur rund ein Drittel aus EU-Ländern und seien somit wahlberechtigt — zwei Drittel aber gingen leer aus. Frau Santoso kann sich dabei auf eine prominente Fürsprecherin berufen. Bundesstagspräsidentin Rita Süsmuth (CDU) meinte bereits vor zwei Jahren: „Ich kann mir nicht vorstellen, wie wir es den Menschen vermitteln können, daß Ausländer aus EG-Staaten ein kommunales Wahlrecht haben sollen, andere, die seit 30 Jahren bei uns leben, nicht.“

PETER MILLIAN

Wählen nur noch Nicht-EU-Bürger den Ausländerbeirat?

Spaltung befürchtet

Die Vorsitzenden lehnen CSU-Politik als ein Zweiklassenrecht ab

Mit Enttäuschung hat der Ausländerbeirat in Nürnberg darauf reagiert, daß die Stadt den Wahlmodus für das Gremium ab dem nächsten Jahr verändern will. Viele Mitbürger befürchten, daß der Beirat auf die Dauer nicht lebensfähig bleibt.

Nachdem im März dieses Jahres zum ersten Mal Angehörige der Europäischen Unionstaaten in den Stadtrat gewählt wurden, sollen die EU-Bürger künftig über die Besetzung des Beirats nicht mehr frei entscheiden. Für Griechen, Spanier, Italiener und andere Nationalitäten soll ab März 1997 der Stadtrat die Vertreter ernennen. Zur Urwahl sind dann nur noch Türken, Jugoslawien, Bosnier, Kroaten und Polen und andere kleinerer Gruppen aufgerufen.

Ali Bencibara, Vorsitzender des Beirats und Vertreter der stärksten Gruppe Türkei, befürchtet mit dem neuen Modus Beiräte erster und zweiter Klasse. Es werde zu Störungen und Entfremdungen zwischen den in Urwahl mit dem Vertrauen der Landsleute ausgestattet und den von oben ernannten Beiräten kommen.

Sorge der Türken

Außerdem meinte Bencibara: „Ausländer sind Ausländer. Die Probleme der EU-Ausländer und Nicht-EU-Ausländer werden durch Spaltung nicht gelöst.“ Türken haben angeblich die Sorge, daß eine Struktur des Ausländerbeirates ohne EU-Mitbürger auf Dauer unweigerlich sein Ende herbeiführe.

In Nürnberg leben 83 000 nichtdeut-

sche Mitbürger. Der EU gehören fast 24 000 an. Sie durften bei der letzten Kommunalwahl an die Urnen gehen, haben aber davon wenig Gebrauch gemacht; wohl auch, weil sie sich mühsam in Wählerlisten eintragen mußten. Für die Griechen schaffte Theodoros Agathagelidis (SPD) den Einzug ins Rathaus, für die Spanier Juan Cabrera (Grüne). Hier setzt Cabrera seine Kritik am neuen Wahlmodus an: Wenn beide Ausländer – aus welchen Gründen auch immer – vor Ende der Wahlperiode ausscheiden, werden sie durch deutsche „Nachrücker“ der Parteien ersetzt. Dann wären die EU-Bürger im Stadtrat nicht mehr vertreten.

Der Verdacht

Dies gehen die Vorsitzenden vor allem der CSU-Fraktion zu bedenken, denn sie zweifelt noch, ob EU-Bürger überhaupt in den Beirat gehören. So geriet sie in Verdacht, Ausländern das Leben – sprich: Mitbestimmen – so schwer wie möglich machen zu wollen. Die SPD besteht auf dem Prinzip der Urwahl. Sie solle noch 1996 stattfinden. Die Beteiligung aller Nationen sei notwendig.

Vom 27. September bis 6. Oktober findet die Ausländerwoche Nürnberg statt. Heuer wird auf das multikulturelle Fest verzichtet, um Geld zu sparen. Lieber will der Ausländerbeirat alle Bürger mit Diskussionen für seine Probleme sensibilisieren. Start ist am 27. September im Jugend & Economy Hotel, Gostenhofer Hauptstraße 47. Stadträte diskutieren z.B. über die „Zukunft der Ausländer“. Über das weitere Programm wird noch berichtet. sr.

Ausländerwoche Nürnberg

Beirat hat Angst um die Zukunft

Erstmals findet diesmal kein Kulturfest mehr statt

Für den Nürnberger Ausländerbeirat geht es derzeit aus Eingemachte, deshalb wird es im Rahmen der diesjährigen Ausländerwoche erstmals kein multikulturelles Fest mehr geben.

Statt – wie bisher – auf dem Hauptmarkt oder der Insel Schütt zu feiern, werden diesmal politische Veranstaltungen im Vordergrund stehen, die sich mit der Situation der Ausländer in Nürnberg nach dem Machtwechsel im Rathaus beschäftigen. Schon das Motto der Ausländerwoche „Gemeinsam leben – gemeinsam entscheiden“ soll darauf verweisen, daß die Veranstalter die Mitspracherechte für Ausländer mangelhaft finden.

In Nürnberg gibt es dabei eine Sondersituation. Während die Stadt 1973 Vorreiter war, was die Einführung eines gewählten Ausländerbeirates angeht, scheint sie jetzt die erste Kommune werden zu wollen, die die EU-Bürger aus dieser Ausländervertretung ausgrenzen will. Die CSU-Fraktion hatte dies vorgeschlagen und damit begründet, daß die EU-Bürger ja schon bei der Stadtratswahl das aktive und passive Wahlrecht hätten.

In einer Pressekonferenz äußerte gestern der stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates, Juan Cabrera, jedoch die Vermutung, daß mit dieser Ausgrenzung der Ausländerbeirat „kaputt gemacht“ werden soll. Während das Gremium bislang für alle Ausländerbelange zuständig war, heißt es dann wieder: das ist ein „Türkenproblem, oder das ist ein Griechenproblem“, ergänzte der Beiratsvorsitzende Ali Bencibara.

Über diese Situation will die Ausländerwoche zum Auftakt in einer Podiumsdiskussion informieren. Unter dem Titel „Zukunft der Ausländerpolitik in Nürnberg“ diskutieren am 27. September, um 19 Uhr im Jugend & Economy Hotel (Gostenhofer Hauptstraße): Max Höffkes (CSU), Sonja Diedler (SPD), Klaus-Peter Murawski (Bündnis 90/Die Grünen) und Ali Bencibara.

Doch auch bundespolitische Themen stehen auf dem Programm der Ausländerwoche. So werden sich die Bundestagsabgeordneten Peter Altmaier (CDU) und Gerhard Friedrich (CSU) am 2. Oktober, ebenfalls im Jugend & Economy Hotel, mit der Frage „Deutscher Paß für ausländische Kinder?“ auseinandersetzen. Der CSU-Landtagsabgeordnete Markus Söder soll dann bei einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Rückführung der bosnischen Flüchtlinge Rede und Antwort stehen. Schließlich erinnert der Koordinierungsrat der türkischen Vereine in einer Feier an die Ankunft der ersten türkischen Gastarbeiter in Deutschland im Jahr 1961. Daneben bietet die Ausländerwoche, die bis zum 6. Oktober dauert, Workshops, Filme und Theateraufführungen sowie einen themenbezogenen Gottesdienst in Eibach (29. September, 9.30 Uhr, Motterstr. 1). Das genaue Programm entnehmen Sie bitte unseren Tagesankündigungen „Tips & Termine“. -vip-

Kein Wahlrecht für EU-Bürger

Stadtrat beschloß eine Neuordnung des Ausländerbeirats

CSU, Freie Wähler und Reps haben gestern eine neue Wahlordnung für den Ausländerbeirat durchgesetzt. Demnach wird dieser nur noch aus 14 gewählten (bisher waren es 30) und sechs vom Stadtrat bestellten Mitgliedern bestehen. EU-Bürger dürfen nicht mehr mitwählen.

Die von der CSU angeregte Neuregelung rechtfertigte Rechtsreferent Hartmut Frommer damit, daß mittlerweile durch das Kommunalwahlrecht für EU-Bürger eine neue Situation entstanden sei. Man könne den EU-Bürgern kein „doppeltes Wahlrecht einräumen“. Ein solches Verfahren sei „im demokratischen Sinne nicht unproblematisch“. Frommer wehrte sich schon deshalb gegen Vorwürfe, die Neuordnung sei undemokratisch.

Der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Ali Bencibara, äußerte dennoch die Befürchtung, daß dieses ohnehin nur beratend tätige Gremium in Bedeutungslosigkeit versinke. Juan Cabrera (Bündnis 90/Die Grünen) sah in der Argumentation der CSU und des Rechtsreferenten nur „einen Vorwand, um den Ausländerbeirat langfristig auszuschalten“. Für die SPD erinnerte Theodoros Agathagelidis daran, daß der Nürnberger Ausländerbeirat beispielhafte Arbeit geleistet habe und sogar als Vorbild bei der Gründung ähnlicher Organe in Japan gedient habe.

Demgegenüber verteidigte CSU-Sprecher Max Höffkes die unterschiedliche Behandlung von Ausländern mit der Wahlmöglichkeit der EU-Bürger für den Stadtrat. Daß diese das Wahlrecht extra beantragen müssen und dieses daher nur begrenzt wahrnehmen, konnte er nicht als Gegenargument akzeptieren. „Wenn sie an der Wahl interessiert gewesen

Bürgerliche Stadtratsmehrheit reduziert Organauf 20 Mitglieder

Ausländerbeirat kleiner

Ali Bencibara enttäuscht: „Das Gremium wird funktionsunfähig“

Gegen den Protest ausländischer Mitbürger hat die Stadtratsmehrheit von CSU und Freien Wählern beschlossen, den Ausländerbeirat der Stadt von 30 auf 20 Mitglieder zu reduzieren. Die Vertreter der EU-Staaten werden nicht mehr in Urwahl ermittelt, sondern bestellt.

Der Beirats-Vorsitzende Ali Bencibara warnte vergeblich: Mit der geplanten Änderung laufe der Stadtrat Gefahr, eine niedrige Wahlbeteiligung und einen arbeitsunfähigen Ausländerbeirat zu erhalten. Das Beraterorgan werde damit bedeutungslos.

Die CSU-Fraktion war, wie berichtet, zur Änderung entschlossen, nachdem bei der letzten Stadtratswahl der Spanier Juan Cabrera (Bündnis 90/Die Grünen) und der Grieche Theodoros Agathagelidis (SPD) einen Sitz im Rathaus erobern konnten.

Frommer betroffen

Rechtsreferent Hartmut Frommer verteidigte die Neuregelung: „Wenn Angehörige von EU-Staaten Gemeindegewählter geworden sind, ist es nicht unproblematisch, wenn ihnen doppeltes Wahlrecht – einmal im Stadtrat, einmal im Beirat – eingeräumt wird.“ Frommer war von der Debatte betroffen: Sie erwecke das Bild, dem Beirat „soll der Garau gemacht werden“. Dies sei falsch.

Juan Cabrera kritisierte die Verkleinerung auf 20 Mitglieder. Der Ausländer-

beirat sei ein kleiner Stadtrat, der auch Ausschüsse besetzen müsse. 20 Mitglieder würden dabei überfordert. Agathagelidis appellierte „an die Vernunft“ des Stadtrates, von einer „Dezimierung“ abzusehen: „Als in Solingen und Hoyerswerda Häuser von Ausländern brannten, hat der Ausländerbeirat beispielhaft mit Polizei, Kirchen, Stadt, Behörden und Gewerkschaften für ein besonnenes Klima zusammengearbeitet. Die Stadt habe viel Lob für ihr Modell erfahren, eine japanische Delegation habe sich vor Ort informiert.“

EU-Bürger behindert

SPD und Grüne erklärten, daß den EU-Bürgern bei der letzten Kommunalwahl große Hürden in den Weg gelegt worden seien, man also nicht von ausreichender Repräsentanz sprechen könne. Dem hielt Max Höffkes von der CSU entgegen: „Wenn ein hohes Interesse der EU-Bürger bei der Kommunalwahl bestanden hätte, dann hätten sie eben auch meilenweit dafür gehen müssen.“ 20 Mitglieder, so Höffkes, könnten schneller entscheiden.

So blieb es dabei: Von künftig 20 Ausländerbeiräten dürfen die Türken sechs, Jugoslawen zwei, Bosnier, Kroaten und Polen je einen und die Ausländerer sonstiger Staaten drei Mitglieder wählen. Zu diesen 14 Mitgliedern werden drei Mitglieder griechischer, zwei italienischer und ein Mitglied sonstiger EU-Nationalität bestellt. sr.

(links)
Nürnberger Nachrichten
10.10.96
(rechts)
Nürnberger Zeitung
10.10.96



Fotonachweise:

S. 6: Norbert Gottlieb
S. 8: Norbert Gottlieb
S. 9: José Llorens
S. 12: José Llorens
S. 13: Spiros Garos
S. 14: José Llorens
S. 16: José Llorens
S. 17: Evangelos Christou,
José Llorens
S. 18: José Llorens
S. 22: Hans-Reiner
Fechter
S. 24 & Titel: Corel Corp.
S. 30: José Llorens
S. 31: José Llorens
S. 32: Stadtarchiv
Nürnberg
S. 33: Stadtarchiv
Nürnberg

Herausgeber:

Ausländerbeirat
der Stadt Nürnberg
Peter-Vischer-Str. 17
90317 Nürnberg

Redaktion:

José Llorens

V.i.S.d.P.:

M. Ali Bencibara

Gestaltung:

Gillitzer & Müller
Kobergerstr. 81
90408 Nürnberg

Layout:

R. Engler, W. Gillitzer

Druck:

Druckhaus Oberpfalz
Wernher-von-Braun-Str. 1
92224 Amberg

Auflage: 2.000

Gedruckt auf

100% Recycling-Papier



